ZECK

Nr. 120 Mai / Juni 04

Das Info für Dauerparker

3, 2, 1, meins...

Wagenplätze durchsetzen - Elbblickparken für immer - Nehmen wir uns die ganze Stadt



Inhalt

Vorwort

Hallo,

diesmal gibt es uns mit einem extralangen Kurznachrichten Block. Dafür haben wir dann aber am Ende auch keine Flora Termine drin, da diese leider nicht aufzutreiben waren. Interessierte müssen also im Internet unter www.roteflora.de nachschauen oder mal vorbeiwackeln und auf den neuen Monatsflyer hoffen.

ansonsten wünschen wir allen noch einen revolutionären ersten Mai und so weiter....

Eure Zeck



Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!) Eigendruck im Selbstverlag

Vorbereitungstreffen für das Straßenfest im Schanzenviertel

Di: 04.05.04/ Di:11.05./ Di:18.05./ Di:25,05./ Di: 01.06./ Di:08.06./ etc.
Jeweils 19.30 Uhr Rote Flora

Neuer Naziladen in Hamburg!

In der vergangenen Woche hat in Hamburg in der Alsenstrasse ein Laden eröffnet, der ausschließlich Neo-Nazi Kleidung verkauft. Werdet aktiv!
In Hamburg hat in der Alsenstrasse Ecke Gefionstrasse in der vergangenen Woche ein neuer Bekleidungsladen aufgemacht. Ein ziemlich ungewöhnlicher Ort für ein solches Geschäft, aber nur eine S-Bahnstation vom Inn-Viertel Sternschanze, schräg gegenüber der Neuen Flora gelegen.
Von außen macht der Shop den Eindruck eines normalen schicken Popperladens. Er hat zwei große Schaufenster, ist hell und gut einsehbar und modisch eingerichtet. Doch es werden ausschließlich Kleidungsstücke für die Dame und den Herren aus dem ganz rechtsextremen Spektrum verkauft. "Thor Steinar" und "Ultima Thule", das sind die Marken, mit denen der Laden gut sichtbar vollgestopft ist. Zur Dekoration hängen im Ladeninneren Fahnen mit nordischem Kreuz, nicht zu verwechseln mit den ähnlichen Fahnen von Norwegen.
Mit diesem einschlägigen Geschäft will die Hamburger Naziszene offensichtlich in der Nähe der Innenstadt und im Außenbereich von Bezirken Fuß fassen, die bislang absolute no-go-area für Faschos sind. Zugleich ist der Laden so aufgemacht, dass er auch unpolitische Menschen dazu bringen könnte, sich dort einzudecken, weil er eben nicht als richtiger Fascho-Laden erkennbar ist.
Der Laden hat bislang keinen Namen oder Schilder nach außen, ist aber bereits eröffnet. Es liegt nun an hamburger AntifaschisInnen auf diese Offensive der Faschos zu reagieren.

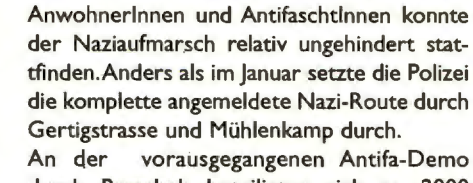
Werdet aktiv! Gegen Nazinetzwerke und faschistische Propaganda! Shut 'em down!

Brandanschlag auf das Auto von Worch

Wie rechtsradikalen Homepages zu entnehmen ist, hat in der Nacht zum 28.03.04 ein Brandanschlag auf das Auto von Christian Worch vor dem Haus in dem er wohnt stattgefunden. Das finden wir richtig super!!!!!!!!!!!!!!!

Nazidemo gegen Wehrmachtsausstellung

Am 27.3.04 demonstrierten die Nazis wieder durch Winterhude. Angeführt von Worch und Rieger und beschützt von einem massiven Polizeiaufgebot zogen knapp 400 KameradInnen vom Bahnhof Saarlandstrasse zur Kampnagelfabrik, wo die Wehrmachtsausstellung bis Ende März gezeigt wurde. Trotz wütender Proteste von



AnwohnerInnen und AntifaschtInnen konnte der Naziaufmarsch relativ ungehindert stattfinden. Anders als im Januar setzte die Polizei die komplette angemeldete Nazi-Route durch Gertigstrasse und Mühlenkamp durch.
An der vorausgegangenen Antifa-Demo durch Barmbek beteiligten sich ca. 2000 AntifaschistInnen.

Kein Hotel im Wasserturm

Anwohner-Veranstaltung am 27.04.04 um 19.00 Uhr in der Aula der Schule Altonaer Str. 38

Hamburg: Freispruch im Prozess gegen den Fahrer des Lautsprecherwagens der Gelöbnix-Demo

Am 16.6.2003 demonstrierten ca. 2000 Menschen gegen das Bundeswehrgelöbnis auf dem Hamburger Rathausmarkt. Im Verlaufe der Demonstration kam es zu einem Angriff der Polizei auf den Lautsprecherwagen der Demonstration. Dabei
wurde u.a. die Windschutzscheibe des Wagens eingeschlagen. Im Anschluss an die Demo wurde der Fahrer des Lautsprecherwagens festgenommen. Die Vorwürfe:
"versuchte gefährliche Körperverletzung ", "gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr" und "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in einem besonders schweren Fall". er Prozess gegen den Fahrer des Lautsprecherwagens der Gelöbnix-Demo endete am Donnerstag den 8.4. bereits am 1. Prozesstag mit einem Freispruch! Schon am ersten Tag verwickelte sich der Hauptbelastungszeuge der Polizei derartig in Widersprüche und relativierte
die Anklage, dass dem Staatsanwalt nichts anderes übrig blieb, als auf Freispruch zu plädieren.

War die Anklage von der Polizei schon enorm hochgehängt, so spitzte sich die Situation kurz vor dem Prozess nochmals zu, als die Richterin Kugler die
Verhandlung zunächst in den Staatsschutzsaal verlegte und erhöhte Sicherheitsauflagen, wie das Tragen von Waffen innerhalb des Sitzungssaales durch die Polizei, verhängte. Da diese völlig unverhältnismäßige Maßnahme einer Vorverurteilung gleichgekommen wäre, forderte der Anwalt Andreas Beuth
die Richterin auf, dies zurüchzunehmen und drohte unverholen mit einem Befangenheitsantrag. Richterin Kugler nahm daraufhin alles wieder zurück, so dass die





Verhandlung deutlich entspannter in dem ursprünglich vorgesehenen kleinen Saal 184 stattfand.

In der Anklageschrift hieß es noch, der Fahrer des Lautsprecherwagens sei vorsätzlich mehrere Male auf eine Polizeikette zugefahren und habe dabei einen Beamten getroffen. In der Befragung vor Gericht musste dieser einräumen, dass der Wagen sich insgesamt höchstens einen Meter bewegt habe, Demonstranten ihm gegenüber im gleichen Abstand zum Auto standen und er, obwohl am Bein ungeschützt, nichtmal eine sichtbare Spur an der Hose davon getragen hatte.Als der Anwalt Andres Beuth umfangreiches Fotomaterial vorlegen wollte und eine große Anzahl Entlastungszeugen ankündigte, unterbrach die Richterin die Befragung des Polizisten, um zu besprechen, ob das Verfahren weiter fortgesetzt werden sollte. Die Besprechung fiel recht kurz aus, da der Staatsanwalt ankündigte, selbst auf Freispruch plädieren zu wollen. Die Vorwürfe seien nicht zu halten, zumal der Fahrer hätte in Kauf nehmen müssen, während des Vorfahrens auch Demonstranten zu verletzen. Richterin Kugler schloss sich dieser Beurteilung an und äußerte darüber hinaus auch Zweifel an der Aussage des Polizeibeamten.

Erfreulich war, dass der Prozess von vielen Leuten wahrgenommen wurde und der Angeklagte und die Gelöbnix-Gruppe von ganz verschiedenen Seiten ausgezeichnet unterstützt wurden. Dass diePolizei sich auch weiterhin lächerlich machen wird, wird daran deutlich, dass der kurze Spaziergang von Prozessbeobachtern von der U- Bahn Station Feldstrasse zum Gericht von einem ständig größer werdenden Polizeiaufgebot begleitet wurde und unterwegs die Personalien zweier Freunde aufgenommen worden sind, denen ein Verfahren wegen Teilnahme an einer unangemeldeten Versammlung angedroht wurde. Wärend der Verhandlung standen vier Polizeiwannen vor dem Gebäude und ca. 10 Beamte in Kampfausrüstung vor dem Saal. Dies zeigt, dass es trotz des heutigen Erfolges notwendig ist, weiterhin gegen die laufenden Versuche vorzugehen, das Demonstrationsrecht anzugreifen.
Der Prozess, dass Widerstand und ein öffentlich geführter Umgang mit solchen Anklagen was nützt. Vielen Dank an alle, die sich solidarisiert haben.

Masch-Programm Sommerhalbjahr 2004

Auch für den Sommer 2004 hat die Marxistische Abendschule Hamburg wieder ein Programm zusammengestellt, dass es erlaubt, dem Kapital mit fundiertem Wissen entgegenzutreten. Genauere Informationen entnehmt den MASCH-Flyern oder dem Netz unter www.masch-hamburg.de.

Lektürekurse:
"Freier Wille und Moral", Montags, ab 19.4.04, 18 Uhr, Uni Hamburg (Pferdestall), Allendeplatz 1, Raum 107.
"Aspekte der kritischen Theorie Max Horkheimers", Montags, ab 19.4.04, 20 Uhr Pferdestall, Raum 107.

"Hegel, Rechtsphilosophie: Bürgerliche Gesellschaft und Staat, Dienstag, ab 20.4.04, 18.15 Uhr, Pferdestall, R 245.
"Karl Marx: "Das Kapital", Band 1, Donnerstags, ab 15.4.04, 19 Uhr, Pferdestall, Raum 107.

"Karl Marx: "Das Kapital", Band 3, Mittwochs, ab 14.4.04, 19 Uhr, Pferdestall R. 106.

"Kritische Theorie", Montags 14-tägig, ab 26.4.04, 19 Uhr Elmshorn, genauer Ort über c.kaven@gmx.net.

Diskussionsveranstaltungen
Dieter Wolf "Übergang vom Geld ins Kapital", Freitag 11.6.04, 18 Uhr, Pferdestall R. 145.

Martin Kersting: "Tod eines Buchdruckers", Revolutionäre Publizistik im Reformationszeitalter, Freitag, 18.6.2004, 19 Uhr, Pferdestall R. 145.

Hans Georg Bensch: "Das ‚automatische Subjekt'", Dienstag, 29.6.04, 19 Uhr, Pferdestall R. 138.

Hamburg: Platzbesetzung Harkortstraße

---Da war noch was!---
Am 27. September 2003 besetzten fast 200 Leute ein Grundstück der Deutschen Bahn in der Harkortstraße in Hamburg-Altona.
Mit der Überraschungsaktion wollten BauwagenbewohnerInnen und UnterstützerInnen wieder Schwung in die Standortsuche für einen Bauwagenplatz bringen. Denn nach langandauernden und letztendlich gescheiterten Verhandlungen mit dem Senat haben die BewohnerInnen des am 4.11.2002 geräumten Wagenplatz Bambule noch immer keinen neuen Platz.
Nachdem die Deutsche Bahn an jenem Samstag Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs gestellt hatte, räumte die Polizei das Gelände. 84 Menschen wurden festgenommen und vier Bauwagen abgeschleppt. Bis weit in die Nacht hinein wurden die Leute festgehalten. 27 von ihnen wurden außerdem erkennungsdienstlich behandelt.

---Und was jetzt?---
Mittlerweile haben die ersten Leute Strafbefehle (200 bis 600 EUR) wegen Hausfriedensbruch erhalten. Andere bekamen Post vom Jugendgericht.
Das wollen die PlatzbesetzerInnen nicht hinnehmen.
Daher an alle, die von der Polizei festgenommen wurden und sich noch nicht beim Ermittlungsausschuss gemeldet haben: Egal, ob ihr bereits einen Strafbefehl oder eine Vorladung erhalten habt, meldet euch bei der folgenden Adresse, damit wir gemeinsam gegen die Repression angehen können. Zumindest wollen wir uns mit euch koordinieren, denn natürlich wird niemand gezwungen, den gerichtlichen Weg einzuschlagen.
Ermittlungs Ausschuss
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg
Telefon:(040)43278778

Gebt bitte euren Vor- und Nachnamen, Adresse, Geburtsdatum und gegebenenfalls (bei Strafbefehl oder dergleichen) die



Aktennummer an.

An alle anderen solidarischen GenossInnen: Hier wird bald eine Menge Geld gebraucht!

die PlatzbesetzerInnen

Ex-Steffi in Karlsruhe soll bald umziehen

Im Januar gab es unsererseits drei Verhandlungsangebote in Bezug auf die ehemaligen HFG -Räume. Die Stadt ging auf unsere Terminvorschläge nicht ein.

Stattdessen werden wir nie informiert außer über irgendwelche Zeitungsberichte. Die Stadt fährt also die Strategie wie bei den Ereignissen am 16.12.00 weiter, wo sie ohne Kontaktbemühungen im Vorfeld, trotz vertraglich zugesicherter Verhandlungen über eine Überlassung der ehemaligen HFG- Räume, mit einem großen Polizeiaufgebot vollendete Tatsachen schaffen wollte. Für über 100.000 DM wurden die vor drei Jahren neu renovierten 700 qm_ Wohnfläche zerstört und zugemauert.

Mit dem Hintergrund, unser autonomes Wohn- und Kulturzentrum zerstören zu wollen, scheint wohl die 2. Phase eröffnet zu werden. Der skandalöse Polizeieinsatz soll vergessen werden und auf einmal ist alle paar Wochen von einem angeblichen Investor zu lesen.

In der Zeitung "Der Sonntag" war am 4.03.01 wieder einmal nur Arroganz seitens der Stadt zu erkennen.

Zu den Fakten: Selbst wenn ein Investor ausgerechnet für unser Gelände gefunden wurde, muß dessen Bebauungsplan erst einmal erstellt und genehmigt werden. Alleine das Genehmigungsverfahren dauert mindestens drei Monate, erst danach kann uns mit sechs Monaten Kündigungsfrist gekündigt werden. Somit ist eins klar: Wir werden mindestens noch 1 Jahr in der Schwarzwaldstraße bleiben. Dies wiederum begründet weiterhin unsere Forderung nach Überlassung der ehemaligen HFG-Räume. Niemand kann etwas gegen eine befristete Überlassung haben, solange der Mietvertrag zwischen dem Verein "Selbstbestimmtes Leben" und der Stadt besteht!

Unser Sozial-Bürgermeister Harald Denecken hat sich auf jeden Fall als vertrauenswürdiger Verhandlungspartner erneut disqualifiziert: Bei einem Treffen mit den JUSOS in einer Gaststätte in der Innenstadt, wo er den skandalösen Polizeieinsatz zu rechtfertigen versuchte. Dort ließ er immerhin verlauten, er würde sich um ein Ersatzprojekt für die ExSteffi bemühen.

Wieder eine Lüge! Wortlaut in besagtem Artikel nämlich: "Die Bewohner der Schwarzwaldstraße müssen sich schon selbst Gedanken um ihre künftige Bleibe machen. Einfach so geeigneten Wohnraum herbeizaubern ist nicht drin." Mit anderen Worten: Sie wollen uns nichts geben! Und das obwohl er noch vor einigen Monaten in der BNN verkündete: "Wir werden niemand im Regen stehen lassen." All dies reiht sich ein in die letzten Lügen und Drohungen Deneckens.

Zur Erinnerung:

- Am 19.12.00 gab Denecken in der BNN bekannt, daß die Stadt als Eigentümerin eine Weitervermietung der ehemaligen HFG-Räume nie beabsichtige. Aufgrund eines möglichen Investors.
- Am 24.12.00 war in "Der Sonntag" von Deneken erneut zu lesen: "Wären die vorher gekommen und hätten um zusätzliche Mietmöglichkeiten in dem Gebäude nachgesucht, hätten sie die gekriegt." - Am 4.03.01 behauptet er in "Der Sonntag", ein erstes Gespräch mit den Bewohnern der Schwarzwaldstraße geführt zu haben. Tatsache ist aber, daß bis heute kein Gespräch stattgefunden hat. Stattdessen müssen wir in der Zeitung Drohungen lesen wie z.B.: "Wenn jetzt nicht Ruhe einkehrt, kommt der nächste Besuch vom Bagger." Wenn jemals ein Ersatzprojekt für unser jetziges Ersatzprojekt Schwarzwaldstr.79 gefunden werden muss, dann muß dies endlich ein vergleichbares und dauerhaftes sein!

Sollte dieser Fall eintreten ist aber eines jetzt schon klar: Wir fordern einen anderen Verhandlungspartner der Stadt, Denecken ist für uns nicht mehr akzeptabel. Und wiedereinmal sei darauf verwiesen, daß es keine Gaststätte "Kuh" gibt!

Es ist uns rätselhaft wie die Stadt immer wieder auf diese Idee kommt. Es sieht wohl so aus als ob die Stadt seit dem 16.12.00 nichts unversucht läßt, uns in der Öffentlichkeit negativ darzustellen um ihr Verhalten im Nachhinein zu rechtfertigen!

Es ist bestimmt kein Zufall, daß parallel zu dem Artikel vom 4.03.01 in "Der Sonntag" bei uns ein Schreiben vom Finanzamt diesbezüglich eintraf! Hiermit sei darauf aufmerksam gemacht das wir in der Sache vor dem Amtsgericht einen Freispruch erhalten haben!

Wir fordern weiterhin:

- **Die sofortige Überlassung der HFG-Räume**
- **Eine langfristige Lösung für unser autonomes Wohn- und Kulturprojekt!**

Die BewohnerInnen

Freiburg: Solidaritätserklärung für den Erhalt der KTS

Finger weg von Autonome Zentren! KTS BLEIBT!

Solidaritätserklärung: Für den Erhalt der KTS
Seit fast 10 Jahren existiert die KTS als Ort für Kultur und Politik in Selbstverwaltung.
Die KTS bietet seit ihrem Bestehen KünstlerInnen aus aller Welt sowie der lokalen Kultur- und Nachwuchsszene einen für Freiburg einmaligen Raum für Konzerte, Theater- und Kabarettaufführungen, Lesungen, Ausstellungen, Filmvorführungen

und Parties. Weit über die Region hinaus ist sie ein einzigartiges Zentrum für alternative Politik und Kultur.

Die regelmäßig stattfindenden Info- und Diskussionsveranstaltungen, Seminare und Workshops sind ein fester Bestandteil der alternativen politischen Kultur.
Viele Initiativen nutzen die Räume der KTS: der Infoladen steht mit Büchern und Zeitschriften allen BesucherInnen offen, die Umwelt- und Projektwerkstatt stellt mit ihrem "offenen Büro" eine unverzichtbare Infrastruktur für politische Arbeit dar. Darüber hinaus stellt die KTS Räume für Café und Kneipe, Bandproben, Essen zum Selbstkostenpreis, Sonntagsbrunch, Selbstverteidigungskurse, einen Umsonst-Laden, eine Therapiegruppe und noch vieles mehr bereit. Diese Vielfalt an Aktivitäten ist mit dem herrschafts- und gesellschaftskritischen Anspruch der KTS verbunden: Sie versteht sich als ein Zusammenschluss verschiedener Gruppen und Einzelpersonen. Alle Projekte in der KTS sind unkommerziell, wodurch vielen Menschen ermöglicht wird, für wenig oder gar kein Geld ein breites Angebot an Veranstaltungen zu besuchen. Gerade in Zeiten des verschärften Sozialabbaus ist dies notwendiger denn je.

Die Nutzung der Räumlichkeiten ist kostenlos, politische Infoveranstaltungen oder Konzerte, bei denen die Unkosten nicht durch den Eintritt abgedeckt werden können, werden von der KTS subventioniert. Dadurch ist es auch Menschen ohne finanzielle Ressourcen möglich, Veranstaltungen durchzuführen.
Der unkommerzielle Anspruch des Hauses kann nur verwirklicht werden, indem alle Aktivitäten unentgeltlich und in Eigeninitiative stattfinden.
Gerade jungen Menschen und Gruppen bietet die KTS die Möglichkeit, jenseits des gesellschaftlichen und kulturellen Mainstreams eigene Initiativen zu starten, Erfahrungen zu sammeln und selbstbestimmt Veranstaltungen zu organisieren.
Die Struktur des Hauses ist offen, was bedeutet, dass sich jede und jeder aktiv einbringen kann. Entscheidungen werden prinzipiell im Plenum basisdemokratisch und nach dem Konsensprinzip getroffen.



Die KTS versteht sich als ein Projekt, das für eine emanzipatorische und gesellschaftskritische Perspektive eintritt. Das ist häufig unbequem und gerade deshalb notwendig. Ausbeutungs- Herrschafts- und Ausgrenzungsverhält-nisse sollen kritisiert und bekämpft werden. Die Diskriminierung von Menschen, die nicht der herrschenden gesellschaftlichen Norm entsprechen, wird in den Räumen der KTS nicht geduldet. Die KTS versucht, einen Freiraum für nichthierarchische Organisations- und Umgangsformen zu bieten und sich darüber hinaus aktiv in die bestehenden Verhältnisse einzumischen. Kritik und Proteste werden immer wieder in die Öffentlichkeit getragen. Und das auf eine offene, direkte Art und Weise, wie es im Rahmen der etablierten Medien und Politikformen nicht möglich ist. Auch deshalb ist die KTS unverzichtbar.

Kurz vor dem 10jährigen Jubiläum ist die Zukunft der KTS jedoch akut gefährdet. Anfang Februar hat die Bahn, der das Gebäude gehört, der Stadt Freiburg, die es an die KTS weitervermietet hat, den Nutzungsvertrag gekündigt. Die Stadt Freiburg hat die Kündigung bisher anerkannt, alle öffentlichen Veranstaltungen wurden seitens der Stadt untersagt und nun droht sogar die Räumung des Gebäudes.
Die von der Bahn vorgegebenen Gründe können eine Entscheidung solcher Tragweite keinesfalls rechtfertigen, zumal sich die Bahn im Vorfeld möglichen Lösungen weitgehend verweigert hat. Beispielsweise hätten die Parkprobleme mit baulichen Maßnahmen wie einer Schranke leicht behoben werden können, wozu sich die KTS stets bereit erklärt hat und dies noch immer tut.

Wir, die unterzeichnenden Gruppen, Vereine, Betriebe und Einzelpersonen aus verschiedensten Bereichen sind der Meinung, unabhängige, unkommerzielle Kultur und Politik ist auch weiterhin wichtig und notwendig. Wir solidarisieren uns mit der KTS und lehnen die Kündigung der Deutschen Bahn in aller Entschiedenheit ab! Gerade eine Stadt, die sich gerne mit dem Image "offen" und "tolerant" schmückt, sollte Freiräume wie die KTS erhalten. Deshalb verlangen wir von der Stadtverwaltung und insbesondere von Oberbürgermeister Salomon eine eindeutige Positionierung sowie eine Bestandsgarantie für die KTS.

Wir erklären, dass die Kündigung der KTS eine unverhältnismäßige und nicht akzeptable Entscheidung mit katastrophalen Folgen für alternative Kultur und Politik darstellt.
Wir fordern die Bahn auf, die Kündigung zurückzuziehen und der KTS ein akzeptables Angebot für die weitere Nutzung des KTS-Gebäudes zu unterbreiten.
Wir fordern alle beteiligten Parteien auf, die Zukunft der KTS langfristig zu sichern. Für den Erhalt der KTS!

Räumung von Wagenburg in Osnabrück vorerst ausgesetzt

AZ-Wagenplatz war mal wieder akut räumungsbedroht, am 12.03.04 lief die 2. Frist ab, die jedoch von der Stadt auf unbestimmte

Zeit verschoben wurde.
Am 13.02.2004 hat die Stadt Osnabrück im amtlichen Teil der örtlichen Presse die Anordnung erlassen, das der Wagenplatz binnen 14 Tagen geräumt werden soll. Diese Anordnung gilt ab dem 27.02.2004 als veröffentlicht und ist laut Stadt dann auch rechtskräftig.

Walli in Lübeck erreicht Kompromiss in letzter Minute

Die am Donnerstag, dem 26.2.2004 erreichte Kompromisslösung sieht vor:
Mietvertragsverlängerung um 16 Monate bis zum 30.6.2005 Statt der geforderten Miete von 26.700 Euro zahlt die alternative nur die Betriebskosten (ca. 4380 Euro). Der Bereich Jugend und Kultur der Hansestadt Lübeck übernimmt darüber hinaus Mietkosten in Höhe von 4740 Euro. Das Wohnen in Bauwägen wird nicht untersagt.

In einer gesonderten Vereinbarung erklärt die alternative, sich an der Suche nach einem geeigneten Ersatzgrundstück zu beteiligen. Im Gegenzug erklärt die Hansestadt Lübeck vertreten durch Wirtschaftssenator Halbedel (CDU), "dass die alternative mit allen ihren Aktivitäten langfristig erhalten bleiben soll."

Der Mietvertrag und die Vereinbarung sind am Freitag, dem 27.2.2004 unterschrieben worden Der Kompromiss ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen der KWL (Vermieterin), der Stadtverwaltung, der CDU-Fraktion und der alternative, die am 18.2.2004 stattgefunden hatten. Das Hausplenum der alternative hatte der Vereinbarung bereits am 22.2.2004 zugestimmt. Nun fehlte nur noch die Zustimmung der CDU-Fraktion. Diese ließ sich mit ihrer Zustimmung bis zur letzten Minute (Donnerstag, 26.2.2004, 17 Uhr) Zeit.
Was bedeutet dieser Kompromiss für die alternative?
Die Laufzeit des Mietvertrages ist mit 16 Monaten sehr kurz. Sie bedeutet eigentlich nur einen Aufschub der Auseinandersetzung um den Fortbestand der alternative.
Der Angriff auf das Bauwagenprojekt konnte abgewehrt werden. Dies ist angesichts der Räumungsdrohungen gegen viele andere Wagenplätze ein wichtiger Erfolg. Die Einheit der alternative als Polit-, Kultur- und Wohnprojekt bleibt erhalten.
Die ursprüngliche Mietforderung von 26.700 Euro konnte auf die Betriebskosten von 4380 Euro herunter verhandelt werden. Auch das ist viel Geld, gefährdet aber noch nicht den unkommerziellen Charakter unseres Zentrums.
Am schwersten wiegt das Zugeständnis, uns an der Suche nach einem geeigneten Ersatzgrundstück zu beteiligen - und dann eventuell tatsächlich umzuziehen. Wir werden alle Angebote ernsthaft und unvoreingenommen prüfen. Allerdings haben wir weiter Zweifel, dass es ein Ersatzgrundstück gibt, das tatsächlich nach Lage, Größe und Zustand für die alternative mit allen ihren Bestandteilen geeignet ist - und gleichzeitig für die Stadt bzw. die KWL finanzierbar ist.

Im Gegenzug erhalten wir die politische Bestandsgarantie von der Hansestadt Lübeck, "dass die alternative mit allen ihren Aktivitäten langfristig erhalten bleiben soll." Wird kein geeignetes Ersatzgrundstück gefunden, müsste demnach der Vertrag am jetzigen Standort auch über den 30.6.2005 hinaus verlängert werden.
Wir sind nicht so blauäugig, uns allein auf Zusicherungen der Stadt zu verlassen. Den jetzt erreichten Kompromiss hätte es ohne eine intensive Kampagne, ohne Aktionen und Demonstrationen und ohne eine breite öffentliche Unterstützung nie gegeben. Wie es nach den 16 Monaten weitergeht, wird entscheidend von unserer eigenen Kraft und von der Solidarität aller FreundInnen der Walli abhängen.

Die Kampagne für den Erhalt der alternative muss und wird daher weitergeführt werden.

DOKUMENTATION

Als Aktion gegen europäische Rüstungsprojekte haben wir mehrere Brände am Hauptsitz von HAKO in Bad Oldesloe und bei Multicar Berlin/Brandenburg gelegt.

Heute morgen jährt sich der imperialistische Angiff auf Irak zum ersten Mal. Dass dieser Krieg bereits lange vor den letzten Sitzungen des UN-Sicherheitsrat geplant und beschlossen und die Begründung (Massenvernichtungswaffen) erlogen war, ist nicht erst seit den Enthüllungen britischer und amerikanischer ex-Regierungsmitglieder bekannt. Die deutsche Regierung inszinierte sich damals zwar als Mahnerin für den Weltfrieden und versuchte, die militärische Aggression mit diplomatischen Mitteln zu behindern. Dies war aber vor allem den allgemeinen strategischen und ökonomischen Interessen Deutschlands sowie wahltaktischen Erwägungen der Schröder-Regierung geschuldet. Eine offene Konfrontation mit den USA wurde jedoch vermieden.
Entsprechend schnell hat sich die deutsche Regierung arrangiert und den Krieg faktisch unterszützt. Noch während über Inspektorenberichte debattiert wurde, entwickelte sich Deutschland zu einer Hauptdrehscheibe der alliierten Truppen- und Waffentransporte, wurden deutsche Soldaten zur Sicherung amerikanischer Kasernen abgestellt und flogen als AWACS-Besatzung für die militärische Aufklärung. Deutsche Truppen waren mit Spezialgerät im kuwaitischen Rückraum vor Ort und entlasteten die NATO-Partner auf den anderen Schlachtfeldern im sogenannten "Krieg gegen den Terror", in Afghanistan übernahmen sie beispielsweise zwischenzeitlich das Oberkommando.

Ein Jahr nach Kriegsbeginn haben sich die Wogen geglättet und die einstigen "Kriegsgegner" Deutschland und Frankreich bemühen sich, wenigstens aus den Folgen der Zerstörung des Iraks nun selbst Profit zu ziehen. Beim Besuch des Bundeskanzlers Schröder in Washington Anfang 2004 wurde bereits beschlossen, die deutsche Industrie künftig angemessen am "Wiederaufbau" und Geschäftemachen im Irak zu beteiligen. Großkonzerne wie Siemens stehen schon in den Startlöchern. Dafür verzichtet die deutsche Regierung auf die Rückzahlung irakischer Auslandsschulden und schickt Bundeswehr-Spezialairbusse zum Rücktransport verletzter alliierter Soldaten in den Irak. Außerdem wurde den US-Amerikanern zugesagt, zukünftig die Übertragung des Besatzungsregimes an NATO-Strukturen nicht mehr zu behindern.

Die Halbwertzeit des Versprechens, deutsche Soldaten würden nicht in den Irak geschickt, wird sich eventuell als nicht sehr groß erweisen, denn es ist längst gängige Praxis, für die Durchsetzung deutscher Interessen auch militärisch Gewalt anzuwenden. Das war beim Überfall auf Restjugoslawien (dessen Großoffensive sich übrigens am 24. März zum fünften Mal jährt) genauso selbstverständlich wie 2001 in Afghanistan, im Kosovo wie am Horn von Afrika. Schon 1992 wurde vom damaligen Verteidigungsminister Rühe weltweiten Bundeswehreinsätzen durch eine neue Verteidigungspolitische Richtlinie das Feld bereitet und die wirtschaftlichen und strategischen Interessen der BRD für militärisch "verteidigungswürdig" erklärt. Diese Verteidigungspolitische Richtlinie wurde am 21.5.03 durch den amtierenden Verteidigungsminister Struck noch einmal den aktuellen Bedingungen angepasst: Die Bundeswehr soll danach in ihren Einsätzen künftig "weder hinsichtlich der Intensität noch geografisch" beschränkt bleiben. Dazu gehören ausdrücklich auch "Präventiv-Kriege". Eine Studie des bundeswehreigenen "Zentrums für Analysen und Studien" kommt zu dem Schluss, dass die "neuen Herausforderungen" dazu zwingen, "die eigene Sicherheit nicht mehr defensiv, sondern notfalls auch mit offensiven Operationen zu gewährleisten". Der gesamte Aufbau der Bundeswehr wird zu diesem Zweck neu konzipiert. Die traditionelle Aufteilung in Heer, Marine und Luftwaffe soll weitgehend abgelöst werden von einer Struktur aus schnell verfügbaren mobilen Eliteeinsatzverbänden, Sicherungs- sowie Versorgungstruppen.

Auch bündnispolitisch werden neue Wege beschritten und schon umgesetzt. Parallel zur Entwicklung eines wirtschaftlichen Kerneuropas als Motor für die gesamte EU, wird von der deutschen Regierung seit längerem auch eine neue europäische Militärpolitik vorangetrieben. Mit eigenen europäischen Kampfverbänden, die unabhängig von der NATO aufgebaut werden, soll Europa der verbliebenen Supermacht USA nicht nur ökonomisch, sondern auch militärisch Konkurrenz machen zu können. Perspektivisch geht es darum, eigene Kriege ohne Hilfe der USA führen zu können. Auslöser für diese Überlegungen waren die Erkenntnisse aus dem Jugoslawienkrieg 1999, der für die europäischen NATO-Länder ohne die militärische Hilfe der USA nicht durchführbar gewesen wäre. Auf dem EU-Gipfel Ende 1999 in Helsinki wurde als Konsequenz der Aufbau eigenständiger handlungsfähiger europäischer Militärstrukturen beschlossen. Vor allem geht es hier um logistische und technologische Defizite sowie fehlende Kommandostrukturen. Das "Zentrum für Analyse und Studien" sieht sogar die Notwendigkeit, eine ganze "technologische Generation zu überspringen", um "Anschluss an amerikanische Fähigkeiten zu gewinnen". Weitgehend einig sind sich alle europäischen NATO-Mitglieder darin, dass für die Überwindung dieser Defizite die Verteidigungsausgaben enorm erhöht werden müssen. Dies wird jetzt sogar im Rahmen der neuen EU-Verfassung für alle Gemeinschaftsmitglieder verbindlich festgeschrieben.

Trotzdem gibt es immer wiedeer auch sehr unterschiedliche nationale Interessen und Widersprüche zwischen den europäischen NATO-Verbündeten, die eine einheitliche europäische "Sicherheitspolitik" erschweren oder punktuell verhindern. Dies wurde besonders im Vorfeld des Irakkrieges noch einmal deutlich, als sich u.a. Großbritannien, Spanien, Polen und Ungarn an die Seite der USA stellten, trotz massivem Drucks von Frankreich und Deutschland für eine einheitliche europäische Position gegen die USA. Die innereuropäischen Widersprüche führen aber gleichzeitig zu einer größeren Dynamik im europäischen Formierungsprozess. So wurde duch die "Irakkrise" für Deutschland und Frankreich eine Variation des alten Kerneuropamodells zu einer konkreten Option für eine produktive Wendung sowohl der Krise der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wie auch zur Lösung der zu erwartenden Probleme aus den anstehenden Erweiterungsprozessen und der Blockade der neuen EU-Verfassung. Künftig werden Deutschland und Frankreich wenn nötig als europäischer Motor die wesentlichen Entscheidungen mit einer "Koalitionen der Willigen" treffen und darauf setzen, dass die anderen EU-Länder sich dem Gang des Faktischen nicht entziehen können. Dies obwohl Außenminister Fischer bei einer kürzlichen Zusammenkunft mit seinem französischem Amtskollegen propagandistisch beschwichtigte: Europa müsse politisch und militärisch handlungsfähig sein, damit es zu einem mehr oder weniger gleichwertigen Partner der USA werden könne. Und diese Aufgabe sei nur von der EU in ihrer Gesamtheit, inklusive Türkei, zu leisten, aber nicht von einem Kerneuropa.

Die Umsetzung der Helsinki-Beschlüsse ist ein prototypisches Beispiel für die neue Eigenständigkeit. Konkret beinhaltet sie, dass 60.000 Soldaten unter maßgeblicher Beteiligung der Bundeswehr für eine völlig eigenständige "Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik" aufgestellt werden. Die Abstimmungsprozesse für Einsatzbeschlüsse werden sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene vereinfacht, NATO-unabhängige Kommandostrukturen sollen aufgebaut werden. Die nationale militärische Produktions- und Forschungskapazitäten sollen zukünftig von einer "Europäischen Rüstungsagentur" effektiver gebüdelt und genutzt werden, um Kosten zu sparen und Ressourcen besser einzusetzen. Vor diesem Hintergrund versucht beispielsweise die Bundesregierung den Verkauf deutscher Rüstungskonzerne an amerikanische Investoren zu verhindern. Mit dieser Strategie wird auch den ausdrücklich formulierten Interessen des deutschen Kapitals politisch entsprochen. BDI-Präsident Rogowski referierte diese im Dezember 2003 auf dem Congress on European Defense so: "Leistungsfähige wehrtechnische Unternehmen sichern unserem Land Mitsprache in außen-, sicherheits-, und industriepolitischen Fragen. Nur wer national etwas zu bieten hat, kann international mitreden. Und gerade Deutschland sollte auf der Weltbühne mitreden können!"
Die technischen, logistischen und millitärischen Voraussetzungen einer auch gegen US-Interessen durchgesetzte europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden jetzt geschaffen: Militärische Großraumtransporter und Tankflugzeuge von Airbus, ein europäischer Kampfhubschrauber, ein eigenes europäisches Satellitensystem zur militärischen Aufklärung und Steuerung (GALILEO), usw.

Der Einsatz von Militär und das Mittel des Krieges zur Durchsetzung außerpolitischer und wirtschaftlicher Interessen sind ganz und gar nicht neu. Neuer ist hingegen die Qualität dieser Mittel im Rahmen der von Deutschland maßgeblich vorangetriebenen europäischen Militärpolitik. Darauf werden linke und linksradikale Kräfte in Zukunft angemessener reagieren müssen.
Im Vorfeld des Irakkrieges hat sich wieder einmal gezeigt, dass Großdemos und Sitzblockaden als Mittel nicht ausreichen, um einen Krieg zu verhindern, erst recht nicht, wenn mensch die deutsche Bundesregierung als Bündnispartnerin halluziniert. Auch die militanten Interventionen waren zu schwach.

Die Erkenntnis, gewollt oder ungewollt im Schulterschluss mit der Bundesregierung einen Krieg abzulehnen und sich mangels eigenem Profil für die Stärkung von deutschen Herrschaftsstrategien einspannen zu lassen, hat bislang nicht zu einer Radikalisierung der "klassischen" Friedensbewegung geführt. Es muss in Zukunft darum gehen, eine kontinuierliche Politik und Praxis zu entwickeln, die die politischen und strategischen Ziele des deutschen Kapitals und der deutschen Regierung ernst nimmt und sie entscheidend bekämpft.
Initiativen wie in München gegen die Sicherheitskonferenz halten wir für eine gute Möglichkeit, ein Forum für die Auseinandersetzung über die Strategie der wichtigsten imperialistischen Länder zu schaffen und daran eine Radikalisierung der Friedensbewegung hin zu einer antimilitaristischen und antikapitalistischen Politik voranzutreiben. Auch die Kampagnen gegen öffentliche Gelöbnisse können für eine Verstetigung unseres Widerstandes genutzt werden. Letztendlich braucht antimilitaristische Politik aber keine konkreten Anlässe, um praktisch zu werden. Es gibt keinen Frieden, solange weltweit Ausbeutung Hunger, Elend und Tod produzieren.

Mit unserer Aktion gegen HAKO/Multicar wollen wir zeigen, dass es Anknüpfungspunkte für antimilitaristische Interventionen gibt.

Multicar, die 100%ige Tochterfirma des Bad Oldesloer Fahrzeugbauers und Reinigungsspezialisten HAKO, baut in Kooperation mit Krauss-Maffei-Wegmann die neuen gepanzerten Truppentransporter "Mungo". Dieser kann je nach Bedarf für unterschiedliche militärische Nutzungen ausgerüstet werden und soll sogar Schutz gegen Mienen bieten. Vor allem aber passt er hervorragend in die neuen militärischen Konzepte der zukünftigen Bundeswehr-Einsätze, denn er soll per Hubschrauber transportierbar sein und aus diesem abgeworfen werden können. Der "Mungo" ist als integraler Bestandteil der Ausrüstung von Spezialeinheiten wie dem "KSK" und anderen Truppenteilen der Division für spezielle Operationen konzipiert. HAKO, die bisher nur im zivilen Bereich produziert hatten, konnten sich gegen die Konkurrenz von Rheinmetall durchsetzen, nachdem Prototypen ihres "Mungos" in Afghanistan getestet worden waren. In einer ersten Fertigungsreihe sollen 388 Stück des zunächst auf 1000 Fahrzeuge angesetzten Gesamtbedarfs ausgeliefert werden. Die Chefs von HAKO/Multicar hoffen mit Nachfolgeaufträgen aus anderen NATO-Staaten weiter im profitablen Geschäft zu bleiben.

DEUTSCHE SOLDATEN SIND MÖRDER!
GEGEN DAS "GOOD OLD EUROPE" DER MILITÄRS UND DES KAPITALS;
FÜR EINE WELT DER REVOLUTION!

AK Origami (Rüstungsprojekte zusammenfalten)
20. März 2004

Dokumentation:
"WARM UP fuer den REVOLUTIONÄREN 1.MAI

Heute: Hausbesuch mal anders – bei Hamburgs Wirtschaftssenator Gunnar Uldall, Lottbeker Weg 170

In der Nacht vom 25. auf den 26.4. haben wir eine unbezahlte Nachtschicht eingelegt und das Wohnhaus + Auto von Uldall mit Farbflaschen und Steinen verziert + beschaedigt!
Was aber fuehrte uns gerade zum Hamburger Wirtschaftssenator?
Zum einen ist Uldall einer der entscheidenden Vollstrecker des Konzeptes "Wirtschaftsmetropole Hamburg – wachsende Stadt", zunm anderen ist er durch die kuerzlich erfolgte vollstaendige Verlagerung der Arbeitsmarktpolitik in seinen Verantwortungsbereich zustaendig fuer alle Zwangsarbeitsmaßnahmen gegen SozialhilfeempfaengerInnen und fuer die Verschaerfungen gegen BezieherInnen von Arbeitslosengeld und –hilfe.
Hamburg – wachsende Stadt, das bedeutet, dass der Hamburger Senat alles dafuer tut, damit die Gewinne der Konzerne in der Hansestadt anwachsen. NutznießerInnen von Zuwendungen wie dem vor kurzem mit 1 Mrd. Euro ausgestatteten "Sonderinvestitionsprogramm Hamburg 2010" sind vor allem Firmen aus den Bereichen Luftfahrt, Hafen, Medien und "life science". Fuer Airbus wurde das Muehlenberger Loch zugeschuettet, die Verlaengerungen der Landebahnen werden gegen den Protest der AnwohnerInnen durchgesetzt, fuer die Hafenwirtschaft wurde Altenwerder plattgemacht und im Karo- und Schanzenviertel wird die Messeerweiterung inklusive "neuem Wasserturm" durchgezogen.
Gunnar Uldall formuliert das so: "Eines der grundlegenden Ziele des Senats ist es, Hamburg zur wirtschaftsfreundlichsten Metropole Deutschlands zu entwickeln." In der Regierungserklaerung des Senats vom Maerz 04 klingt das Ganze noch schoener, wenn von Hamburg als einer der "world winning cities der Zukunft" getraeumt wird.
Dieser Traum muss natuerlich auch irgendwie finanziert werden. Neben der Privatisierung staatlicher Unternehmen wie dem LBK werden die Ausgaben im sozialen Bereich drastisch gekuerzt. Fuer Gunnar Uldall haben diese Kuerzungen auch abschreckende Funktion. Er moechte, dass dadurch der "Zustrom in die Sozialhilfe" reduziert wird – oder, wie es aus der Regierungserklaerung spricht: "Sozialhilfe soll wieder Ausnahme werden, nicht Lebensentwurf." Dafuer kann Gunnar Uldall als neuer oberster Dienstherr des Beschaeftigungstraegers HAB die Vorarbeiten seiner Senatskollegin Schnieber-Jastram weiterentwickeln. 03 sind der HAB ueber 7000 SozialhilfeempfaengerInnen fuer Zwangsarbeiten im Rahmen des "1 Euro Programms" zugewiesen worden, von denen nur jeder 4. die Maßnahme bis zum Ende durchhielt. Allen, die vorher abgebrochen haben, wurden die Ansprueche auf Sozialleistungen gekuerzt oder ganz entzogen. Die Disziplinierung von "DrueckebergerInnen" ist Uldall ein Anliegen. In keinem anderen Bundesland wurden im vergangenen Jahr so oft Unterstuetzungsleistungen von Arbeitslosen wegen sogenannter Arbeitsverweigerung gesperrt, wie in Hamburg. Uldalls Kommentar: "Bestehende Sanktionsinstrumente sollten noch staerker genutzt werden." Gemeinsam mit dem Hamburger Arbeitsamtschef Steil hat Gunnar Uldall mit dem "Hamburger Modell" des Kombilohns den Niedriglohnsektor ausgebaut. Fuer ArbeitslosenhilfeempfaengerInnen fuehrte er gemeinnuetzige Arbeit fuer 2 Euro die Stunde ein, was bisher noch auf freiwilliger Basis laeuft, da es noch keine Handhabe gibt, ArbeitslosenhilfeempfaengerInnen zur Arbeit zu zwingen.
Hamburg – wachsende Stadt, das bedeutet auch, dass die rassistische Ökonomisierung der Migration fuer den Standortwettbewerb nutzbar gemacht werden soll. Hochqualifizierte Arbeitskraefte aus anderen Laendern sollen kommen duerfen, Fluechtlinge bleiben gleich draußen oder werden schnellstmoeglich abgeschoben.
Als Gegenstueck zur Einrichtung des "Ausreiselagers" in Neumuehlen fuer unerwuenschte Fluechtlinge und MigrantInnen hat der Hamburger Senat die Schaffung eines "Hamburg Welcome Centers" beschlossen. Dort sollen, ganz im Sinne einer gesteuerten "Zuwanderungspolitik", Serviceleistungen fuer die von der deutschen Wirtschaft benoetigten auslaendischen Arbeitskraefte angeboten werden.
Das gesamte Konzept Hamburg – wachsende Stadt ist die Erfuellung und Umsetzung langjaehriger Forderungen und Anregungen der Hamburger Handelskammer.
Gegen diese Vision einer nach den Interessen des Kapitals wachsenden Stadt Hamburg, die in vielen Punkten den Zielen der rotgruenen Agenda 2010 entspricht, werden wir kaempfen.

Ob wachsende Stadt, Sonderprogramm Hamburg 2010, Agenda 2010: unsere Agenda heißt Widerstand

Jede Regierung stuerzen

Fuer ein Leben ohne Arbeit

Gruppe revolutionaeres Warm up (April 04)



Vorläufige Duldung für Wagenplatz Henriette



Nach der Räumung der Bambule Ende 2002 und den daran anschließenden Protesten wurde die Räumung weiterer Wagenplätze in Hamburg zunächst ausgesetzt. Mit der Räumungsverfügung gegen die Henriette zeichnete sich Ende letzten Jahres dann die Fortsetzung der "Hamburger Linie" (die Räumung aller Wagenplätze) ab. Um der autoritären Vertreibungs- und Ausgrenzungspolitik an diesem Punkt etwas entgegenzusetzen und Widerstand zu entwickeln, wurde von Henriette und UnterstützerInnen für eine Aktionswoche rund um den Räumungstermin mobilisiert.

Ende Februar verkündete Ole von Beust dann überraschend, dass es jetzt doch zunächst zu keiner Räumung der Henriette kommen und diese eine Duldung für weitere anderthalb Jahre erhalten solle. Da die CDU und Ole von Beust in der vorangegangenen Legislaturperiode keine Probleme mit der Räumung von Wagenplätzen hatten und auch keine weitergehenden Zugeständnisse in Sachen Bauwagenplätze gemacht wurden, hieß es weiterhin, skeptisch zu sein. Das Wagenplatz Solibündnis kommentierte die Situation in einer Presseerklärung dementsprechend wie folgt:
"Ole von Beust hatte für den 11. April die Räumung des Wagenplatzes Henriette angesetzt. Er hat diesen Termin jetzt in letzter Sekunde gekippt. Jedoch muss sich dieses Versprechen erst in der Realität beweisen. Auch bei Bambule gab es zwischenzeitlich Versprechungen, die schnell wieder gebrochen worden sind. Auch weiterhin hält der Senat an einer grundsätzlichen Ablehnung von Wagenplätzen fest und auch weiterhin droht anderen Wagenplätzen die Räumung. So steht der Räumungstermin für das Wendebecken im August diesen Jahres bereits fest. Eine Verabschiedung von einer autoritären und repressiven Politik ist für uns nicht feststellbar. Das Solidaritätsbündnis für den Erhalt von Wagenplätzen ruft von daher weiterhin zu einer bundesweiten Demonstration am 26.03.2004 und zu der anschließenden Aktionswoche auf."
Es stand also weiterhin die Unterstützung aller Hamburger Wagenplätze auf der Tagesordnung, außerdem wurden die Forderungen nach der Einstellung aller in Zusammenhang mit der Platzbesetzung in der Harkortstraße vom Herbst 2003 eingeleiteten Verfahren und nach einen neuen Platz für die Bambule betont.

Die Aktionswoche fand dann vom 27.03. bis zum 04.04. in Verbindung mit einem Camp auf der Henriette statt - unter entschärften Bedingungen, da ein konkretes Räumungsszenario vorerst vom Tisch war. Seine Entsprechung fand die Deeskalationsstrategie des Senates auch in einer relativ zurückhaltenden polizeilichen Konzepten. Diese Ausgangslage hat sich dann nicht nur auf das Konfrontationsniveau sondern auch die größe der Mobilisierungen ausgewirkt. Trotzdem gab es einige gute Aktionen:
- Zum Auftakt demonstrierten am freitaglichen Abend über 1000 Leute in Hamburg. Die Demo unter dem Motto "Bambule Reloaded: Henriette verteidigen" zog von der Henriette durch Eimsbüttel und das Schanzenviertel bis zum Neuen Pferdemarkt. Neben dem Protest gegen die geplanten Räumungen war auch die Forderung nach einen neuen Platz für die Bambule ständig präsent. Ausserdem wurde in Redebeiträgen die Kürzungen bei sozialen Projekten und die Ökonomisierung der Hochschulen thematisiert.
- Am Dienstag fand dann der "Sofa-Riot" statt. Ein Grünstreifen sowie eine größere Verkehrsinsel vor der U-Bahn Haltestelle "Christuskirche" wurden besetzt und ein Wohnzimmer aufgebaut. Es wurde FSK gehört, Transpis gezeigt und Flugblätter veteilt. Nach ca. einer Stunde versuchte dann die inzwischen stärker präsente Polizei, Personalien aufzunehmen und Platzverweise zu verteilen, was ihnen kaum gelang, die Aktion aber beendete.
- Einen Umzug für Umstrukturierung in

Hamburg-Rothenbaum unter dem Motto "Ole allein zuhaus" fand am Donnerstag statt. Direkt vor der Haustür des Bürgemeisters zu nerven, war zuvor zwar durch Auflagen untersagt worden. Das "Bündnis für den sofortigen Vollzug" hatte dennoch die Initiative ergriffen, um auf das große Entwicklungspotenzial in Sachen Bauwagenplätze in dem bisher in dieser Hinsicht vernachlässigten Stadtteil aufmerksam zu machen. Die damit verbundene öffentliche Grundsteinlegung für einen neuen Bauwagenplatz, um die Leerflächen zwischen den Villen endlich sinnvoll zu nutzen, war dabei sicherlich ein erster zaghafter Gehversuch für das Projekt "Desaster Area Rotherbaum", doch weitere werden sicherlich folgen. Für den nötigen Spaß bei diesem sehr ernsten Anliegen sorgten eine Pink-Silver-Gruppe, die die Bullen stresste, und Kabarett mit Rainer Trampert und Thomas Ebermann auf der Abschlusskundgebung.

- Am Wochenende darauf schwamm dann pünktlich zur Auslaufparade der Alster-Flotte (so eine Art Frühjahrserwachen des binnenmaritimen Touriterrors) ein Bauwagen eine Runde auf der Alster und zog die Aufmerksamkeit auf sich. Begleitet durch das auf ein Floß gestellte "Riot-Sofa", einem schwimmenden Feuer und 3 Kanus wurde die grundsätzliche Akzeptanz selbstentwickelter Wohn- und Lebensprojekte gefordert. Die Aktion dauerte ingesamt 3 Stunden und wurde erst relativ spät von der Polizei begleitet. Diese verhielt sich eher widersprüchlich bis deeskalierend (unkoordiniertes Kurzkesseln an Land, uneindeutige Wendemanöver zu Wasser) und ließ schließlich alle TeilnehmerInnen ohne Kontrollen abziehen.

Im Anschluss bewertete die Pressegruppe die Aktionswoche resümierend als einen "Vollen Erfolg für die BauwagenbewohnerInnen" und stellte fest, dass Widerstand sich lohnt. Ja, Widerstand lohnt sich. Aber es wäre zu einfach, sich aus dem Rückzieher des Senates in Sachen Henriettenräumung einen Reim zu machen, indem mensch die Gründe dafür allein in der Stärke des Widerstandes sucht.

Kurz nach der Hamburger Wahl unter der veränderten Voraussetzungen das Risiko einzugehen, mit der nächsten Räumung einen Konflikt zu eskalieren, der dann eventuell nicht so ganz kalkulierbar ist kann einen Zugang zu den Motiven der integrativen Linie des Senates an diesem Punkt bieten. Auch wenn klar war, dass der Konflikt sicherlich nicht das Ausmaß wie die Bambuleauseinandersetzungen annehmen würde, bildet die Option auf massiveren Protest doch das Hintergrundrauschen für das taktische Kalkül eines Ole von Beusts. Der Zeitpunkt für ein Hochkochen der Bauwagenauseinandersetzung ist vielleicht ein ungünstiger. Auch dieser Senat wird nach seinem Antritt einige Zeit brauchen, um die eigenen Reihen zu ordnen, um in dieser Hinsicht fest im Sattel zu sitzen. Ausserdem hat das Ergebnis der Hamburgwahl in seiner Eindeutigkeit für die CDU momentan sicherlich eine bundesweite Signalwirkung, die durch eine paar Bauwagen zu beeinträchtigen der Sache nicht wert ist.

Hinter der Entscheidung, die Henriette (vorerst) nicht zu Räumen steckt also Kalkül, ein Kalkül aber, dass noch weitergeht. Der jetzige Senat war an dieser Stelle auf den symbolischen Gehalt einer harten Linie schlicht nicht angewiesen, noch stellte sie für ihn eine ideologische Pflichtübung um jeden Preis dar. Durch die besondere Situation der Henriette, ihre Integriertheit in Nachbarschaft und Stadtteil (es wurde sich hier bis in die Bezirksversammlung hinein nahezu eindeutig für den Erhalt des Platzes ausgesprochen), war sie geradezu prädestiniert, zu einem Vorzeigeprojekt für ein sich liberal gebärdendes Hamburg zu werden. In dieser Wahrnehmung stellt sie auch nicht mehr unbedingt einen grundsätzlichen Widerspruch zu einer insgesamt repressiven Ordnungspoltik dar.

Von Beust war sich zwar dabei nichteinmal zu blöd, das Gassiegehen von auf der Henriette wohnende HundebesitzerInnen als Sicherheitsgewinn für den Stadtteil, einen Bauwagenplatz also als lokalen Standortvorteil zu verkaufen. Aber auch wenn diese Argumentation zu perfide ist, als dass ihr irgendjemand zu folgen vermag: Der symbolische Gewinn für die Hamburger Regierung liegt nicht mehr in der Inszenierung von Handlungsnotwendigkeit und –willen gegenüber einer vermeintlichen allgemeinen Bedrohung der Ordnung durch Bauwagenplätze, sondern in der Umdeutung des (vorläufigen) Erhalts eines bestimmten Platzes zu einer Frage liberaler Toleranz und Vernunft.

So ist die Hamburger Politik auch nicht mehr unbedingt darauf angewiesen, an der Bauwagenproblematik anknüpfenden Protest jedes Mal den gesamten Bullenapparat entgegenzuwerfen, um glaubwürdig zu sein. Und dass es sich dabei ebenfalls um eine Strategie der Aufstandbekämpfung handelt, wird deutlich, wenn polizeiliche Zurückhaltung greift, indem sie Proteste ein Stück weit ins Leere laufen lässt anstatt ihre Dynamik mit anzuheizen. Der taktische und strategische Charakter der Deeskalation wird spätestens dann wieder deutlich, wenn etwa bei der Besetzungsaktion in der Hafenstraße am 24. April wiederum "hartes Durchgreifen" das tagespolitsche Geschäft bestimmte.

"EINMAL IM LEBEN PÜNKTLICH SEIN"



Ein prima Motto, doch wer hätte gedacht dass dem auch entsprochen werden würde??? Aber von Anfang an:

Das Wohnen im Wagen ist in Hamburg nach wie vor äußerst problematisch. Auch wenn der Wagenplatz Henriette ein Vertrag bekommen soll (und die Betonung liegt auf soll, denn bis jetzt ist nichts in trockenen Tüchern und über die Vertragsbedingungen hört mensch auch nichts Gutes) ist keine wirkliche Richtungsänderung der Senatspolitik in Sicht. Die Bambule hat immer noch keinen Platz, das Wendebecken soll im August ersatzlos geräumt werden und an der Frist, Ende 2006, die als fixes Datum für ein wagenplatzfreies Hamburg im Raum steht, wird auch festgehalten.

Nach der letzten Henriettendemo, bei der ihnen eine vertragliche Lösung in Aussicht gestellt wurde, titelte die Bild-Zeitung: "Wird das Beusts neue Hafenstr." Mit Verweis auf den ehemaligen Hamburger Bürgermeister Donany der an der Hafenstr. gescheitert war. Und so kam es wohl, dass sich die Strasse für eine symbolische Aktion einfach aufdrängte.

Unter dem Motto "Einmal im Leben pünktlich sein" besetzten ca. 100 Wagen aus dem gesamten Bundesgebiet und angrenzenden Nachbarregionen am 24.4.2004 um 6.45Uhr die Hafenstr. zwischen Fischmarkt und Landungsbrücken. Die Polizei hatte die zeitgleich aus verschiedenen Richtungen anreisenden Fahrzeuge nicht bemerkt und so war es kein Problem sich zunächst auf der Hafenstrasse zu sammeln und abzuparken. Nach viel Rangiererei waren die Fahrzeuge dann auch bald so ineinander verzahnt, dass scheinbar nichts mehr ging. Zufrieden wurde Kaffee gekocht und Stullen geschmiert. Gegen 9Uhr hatte Team Green jedoch das Areal abgeriegelt und verschiedene Aufforderungen zum Verlassen der Strasse herausposaunt. Auf das Verhandlungsangebot der BesetzerInnen, ihnen ein Ausweichgelände für das Wochenende zu geben, war nicht eingegangen worden. Und dann ging auch alles ziemlich fix. Während die Hubschrauber permanent über den Köpfen kreisten, gingen die Bullen nicht gerade zimperlich daran sich das Terrain zurück zu holen. Neben massiven Knüppeleinsätzen wurde dieses mal auch verstärkt mit Pfefferspray hantiert. Dabei kam es neben etlichen blauen Flecken zu vielen geröteten Augen. An den Wägen angekommen, zertrümmerten die Bullen Fenster um in das Innere der Wagen zu kommen und dann wurden diese ganz schlicht kurzgeschlossen und weggefahren. Das hatte niemand so recht bedacht, das Lkws eben auch kurzschließbar sind. Vielleicht wäre Teilchen ausbauen doch die bessere Variante gewesen. Zumindest hätte es das Räumungsszenario zeitlich erheblich nach hinter verlängert.

Ein Zurückdrängen der Polizei war nicht möglich. Einerseits weil sie äußerst massiv vorgingen, andererseits weil auch nicht allzu viele Menschen vor Ort waren. Es hatten scheinbar nicht sehr viele von der Aktion mitbekommen und welcheR hört schon an Samstags um 7Uhr FSK?

Im Anschluss gab es mehrere kleinere Demos in Hamburg: die erste um 12Uhr, die von der Feldstr. über die Reeperbahn zumindest bis in die Kastanienallee kam, bevor sie gekesselt wurde, und die letzte um 22.30Uhr, die nach 15m auf dem Schulterblatt ihr jähes Ende fand. Parallel fanden in der ganzen Region verteilt spontane Solidaritätsdemos und –kundgebungen statt.

FAZIT: Gewonnen haben wir nicht, und es wird sicher auch eine ziemlich teure Angelegenheit. Aber die Aktion war äußerst öffentlichkeitswirksam und hat nicht zuletzt auch richtig Spaß gemacht. Und dass sich das Konglomerat der Beteiligten nicht nur auf Hamburg beschränkt hat, ist auch ein gutes Gefühl.

Bleibt nur dass sich auch weiterhin in die autoritäre Senatspolitik eingemischt wird und das auf allen unterschiedlichen Ebenen. In diesem Sinne: Regierung stürzen, Bambule kommt.







Fahnen auf Halbmast!

Noch 'ne Stellungnahme zum 31. Januar

Pauschalisierst du noch, oder denkst du schon aka reich und sexy sucht...

In der "heavy-rotation-Wiederholungsschleife" laufen sich die Positionen "Wir sind die Guten - Ihr seid die Bösen" heiss und die "schweigende Mehrheit" soll sich an diesen Polen aufreiben. Konstruktiv ist das nur in einigen Situationen und dann auch nur kurzfristig. Langfristig werden hier nur Positionierungen an den Gegenpolen antiimperialistisch (alias Palästinasolidarität) und antideutsch (alias Bahamas) verfestigt, politische Diskussionen auf Schrebergartenniveau geführt und Handlungsfähigkeit erschöpft sich in Grabenkämpfen. Ziel dieses Textes soll sowohl ein Plädoyer für ein "Dazwischen" sein, als auch den Begriff "antideutsch" aus der einseitigen Definition durch den Bahamas-Dunstkreis zu lösen. An dieser Stelle also einige Gedanken, die weder der Weisheit letzter Schluss noch auf eine Vermittlung konträrer Positionen angelegt sind.

Unser politischer Ausgangspunkt ist ein antideutscher, der sich von und wegen Auschwitz herleitet und so die Art der Analyse und des Blickes auf deutsche Verhältnisse bestimmt. Dieser Bezugspunkt und in der Folge Israel, sind innerhalb der deutschen radikalen Linken als eine wichtige Grundlage für Politik zu

benennen. Antisemitische Positionen sind hiermit für uns nicht vertretbar, gleich in welchem Gewand sie auftreten. Seien es Aufrufe zum Boykott Israels, zur Solidarität mit der Intifada oder wenn sie als verkürzte Kapitalismuskritik und Verschwörungstheorien daher kommen. In diesem Sinne geht es uns weniger um eine Positionierung im aufgeladenen Nahost-Konflikt, als zu gucken, wo hier antisemitische Ressentiments bestehen, die dort ihre Projektionsfläche finden. Trotz dieses Grundverständnisses finden wir es falsch, mit diesem Punkt Identitätspolitik zu betreiben. Denn allein das Schwenken einer Israel-Fahne macht uns noch nicht zu "den Guten". Soll heißen, ein Politikansatz, in dem die Solidarität mit Israel für eigene identitäre Zwecke instrumentalisiert und als das einzige "non plus ultra" linker Politik stilisiert wird, lehnen wir ab. Das Zurückfallen in die Zeiten von Haupt- und Nebenwidersprüchen ist auch heute weder produktiv noch konstruktiv. Kurzfristig vermag Identitätspolitik von erfrischender Durchschlagskraft sein, besitzt ein Mobilisierungsvermögen und macht Grenzen und Trennungen auf unmissverständliche Art und Weise deutlich. "Wir sind die Guten" läßt sich dann in die Welt hinausbrüllen. Aber wer ist "wir"? Diese Frage muss wohl immer wieder erneut beantwortet werden, ebenso wie die der "Guten". Eine streitbare Position muss also her!

So können die Ereignisse auf der Antifa-Demo in Hamburg vom 31.01.2004 als symptomatisch für diesen Konflikt gewertet werden. Auch wenn die Ansage galt, dass keine Nationalfahnen im linksradikalen Block mitgebracht werden sollten, stellt sich die Frage, warum ein paar Fahnen Teile der Demo so in Rage bringen können. Schließlich wurden jahrelang Fahnen von der Sowjetunion über Kuba bis hin zu Palästina (je nach Anlass auch noch von Kurdistan, Jugoslawien oder Irak) geschwenkt - ohne großen Widerspruch zu ernten. Ganz zu schweigen von der DKP, die noch immer ein Deutschlandfähnchen auf ihrem Banner trägt. Doch erst seit auch Israel- und USA-Fahnen auf Demos auftauchen, wurde sich auf den "Anti-Nationalismus" der Linken berufen, um von nun ab jegliche Fahnen zu unterbinden. Und auch wenn wir von je her sämtliche Nationalfahnen abgelehnt haben und auch heute nicht wirklich verstehen können, was so geil am Fahnenschwenken sein soll, ist für uns eins klar: Da es Israel auch heute n och immer wieder zu verteidigen gilt, ist diese Fahne für uns die Letzte, gegen die wir uns aussprechen würden.

In diesem Sinne finden wir auch die Stellungnahme des Vorbereitungskreises wenig erhellend. Zum Einen wird die Fahnen-Diskussion nicht transparent dargestellt und zum Anderen wird nur formale Kritik geübt, die inhaltliche Punkte unbeachtet lässt. Weiterhin werden die antisemitischen Äusserungen am Rand der Demo verortet. Klingt nach zufällig anwesenden Personen, die nicht zugeordnet werden können und die organisierten Zusammenhänge sind fein aus dem Schneider. Wir sehen hier den fehlenden Willen, sich inhaltlich auseinanderzusetzen, um festzustellen, dass ein plattes "gegen Nazis" nicht mehr als Minimalkonsens taugt. Denn wie bereits gesagt: bei Rufen wie "Scharon Faschist" oder "Intifada bis zum Sieg" hört für uns die Bündnisfähigkeit auf und solche Leute gehören von der Demo geschmissen! Im Sinne unser bereits geäusserten Ablehnung von Identitätspolitik und krudem Symbolismus können wir auch der immer noch hohen Palituchdichte auf Demos - auch bzw. gerade in den organisierten Reihen - nichts abgewinnen. Abgesehen davon, dass die schwarz-weissen Feudel einfach derbe unsexy sind und als Modeassesoir spätestens seit Anfang der 90er eingemottet gehören, stellen diese ein Symbol für eine Geschichte und einen politischen Ansatz und Praxis dar, den wir ablehnen. Da wir auf einer symbolischen Ebene Palitücher ähnlich wie Nationalfahnen beurteilen, sollten Gruppen, die sich gegen Nationalfahnen aussprechen, das Gleiche auch für Palitücher tun.

Um noch nun noch einmal auf das Fahnenthema zurückzukommen. Bei diesem Punkt finden wir es wichtig, zwischen den Fahnen der USA und Großbritannien und der von Israel zu unterscheiden. Erstere werden immer wieder als Fahnen der Alliierten, also der Befreiung angeführt. Hier stellt sich für uns die Frage, wo denn die Fahnen der ruhmreichen Sowjetarmee und der revolutionären französischen Armee abgeblieben sind? Denn wenn es einzig um Befreiung und den Kampf gegen Nazi-Deutschland ginge, wäre es die Sowjet-Fahne, die in der ersten Reihe wehen müsste. Abgesehen davon, finden wir das Tragen von GB- und USA-Fahnen problematisch, da sie nur in diesem bestimmten Kontext gesehen werden. Andere geschichtliche Bezüge (z.B. Kolonialismus und Vietnamkrieg), die für uns Herrschaftsverhältnisse implizieren, mit denen wir uns nicht solidarisieren wollen, werden ausgeblendet. Trotz allem würden wir ein kontextgebundenes Mitführen auch dieser Fahnen o.k. finden, wenn sie z.B. an der Naziroute direkt gezeigt würden, bzw. dort aus dem Fenster hängen, um den Nazis die Niederlage Deutschlands immer wieder vor Augen zu halten. Ähnlich wie es ja mit "Stalingrad"-Transpis und -Rufen immer wieder geschieht.

Kommen wir nun zum heißen Punkt: Die Israel- Fahne. Prinzipiell ist sie als letzte Konsequenz überall mit hinzunehmen. Allerdings bereitet es uns schon ein mulmiges Gefühl, ganz selbstbefreit zur Fahne zu greifen und sie zu schwenken. Als NachfahrInnen deutscher TäterInnen scheinen wir doch am wenigsten geeignet, uns diese Symbolik anzueignen und Identitätspolitik zu betreiben. Wir denken, dass es möglich sein muss, Solidarität mit Israel zu üben, ohne im Fahnenschwenken der Weisheit letzten Sinn zu sehen. Doch auch hier finden wir kontextgebundenes Handeln wichtig. Wenn z.B. Nazis gegen jüdische Einrichtungen hetzen und Solidarität mit Palästina propagieren, überwiegt für uns die Symbolik der Israel-Fahne als Ausdruck des Überlebens - nämlich dass sie es nicht geschafft haben, alle Juden und Jüdinnen zu vernichten. In solchen Fällen stellt für uns auch das Mitführen von Israelfahnen auf Antifa-Demos eine nachvollziehbare Reaktion dar. Allerdings fragen wir uns trotzdem, waru m der Spruch "drei Deutsche, ein Verein" in diesen Fällen "zwei Antideutsche, fünf Fahnen" heißt... .

Wie bereits am Anfang erwähnt, sprechen wir uns gegen die Konstruktion eines neuen Hauptwiderspruches (Antisemitismus) aus. Statt dessen finden wir es für eine linksradikale Politik unabdingbar, die Gesamtheit der Macht- und Herrschaftsverhältnisse, wie z.B. Kapitalismus, Rassismus und Sexismus im Blick zu behalten. In diesem Zusammenhang lehnen wir den "essentialistischen backlash" einiger Antideutscher ab. Wurde in Teilen der Linken in den letzten Jahren versucht, Zuschreibungen wie "Volk" oder "Kultur" zu dekonstruieren, werden inzwischen ganze Regionen vereinheitlicht a la "Alle Araber sind Antisemiten". Und um "den Westen" als das zivilisatorische Herz der Welt darzustellen, werden auch schon mal rechts-konserative Theoretiker wie Samuel Huntington zitiert, um den "Clash of Zivilisation" zu beschwören.

Zum Schluß noch eine letzte Wiederholung: Geschlossene Weltbilder, totalitäre Positionen und ein Denken in Gut und Böse bringen nicht weiter. Klar müssen Grenzen gezogen, bestimmte Positionen ausgeschlossen und Bündnisse genau unter diesen Gesichtspunkten angegangen oder aufgelöst werden. Dabei finden wir es wichtig, genau zu gucken, welche Inhalte die Nazis haben, welche diesbezüglichen Diskurse es in der Gesellschaft gibt und welche Bündnisse aus linksradikaler Perspektive daher nicht mehr eingegangen werden können: Dazu gehören für uns die SPD (sowieso), die Grünen (Kriegstreiber...) aber auch die Palästinasolidarität und ihr völkisches Umfeld. Ein irgendwie gegen Nazis sein reicht halt nicht mehr aus, wenn von genau diesen Leuten Symbole des Staates Israel angegriffen und antisemitische Positionen vertreten werden. In diesem Sinne wird es Zeit, den Minimalkonsens entweder zu erweitern oder aufzulösen. Wie eine zukünftige Zusammenarbeit aussehen kann, welche Taktiken und S trategien gebraucht werden und wie mit sog. "Wahrheiten" umgegangen wird, muss Gegenstand einer Streitkultur bleiben. Genauso, wie der eigene Sprechort, z.B. als Nachkommen deutscher TäterInnen, als Ausgangspunkt für politisches Handeln genommen werden muss.

Deutschland und deutsche Verhältnisse angreifen! Auf eine destruktive Zusammenarbeit!

Rapidas aka Pluralismusschleudern.
Mail: rapidas at nadir.org



THEKLA KOSCHE IS BACK IN TOWN

Nazi studiert Volkskunde in Hamburg

Eigentlich ist der Uni-Alltag in Hamburg schon finster genug, seit Studiengebühren, Hochschulrat und ein inkompetenter Wissenschaftssenator jedem Rest an sonnigem Lebesstil den Kampf angesagt haben. Doch als würde das nicht ausreichen, hat sich die Wetterlage durch besonders tief hängende braune Wolken über dem Fachbereich Volkskunde noch einmal dramatisch verschärft. Seit dem Wintersemester 2003/04 studiert hier die bekannte Neo-Nazi-Aktivistin Thekla Kosche. Um dem herannahenden Sommer ein wenig auf die Sprünge zu helfen, haben wir – einige Studierende des Fachbereichs – uns zu dem Schritt entschlossen, dieses Info-Blatt zu veröffentlichen.

THEKLA KOSCHE: ANTI-ANTIFA-AKTIVISTIN UND DRAHTZIEHERIN IM BRAUNEN NETZ

Wer sich mit dem Thema "Militanter Rechtsextremismus" beschäftigt, stößt früher als später auf die umtriebige Frau ais Schleswig Holstein.
Thekla Kosche liegt vor allem die Erforschung politischer Gegner am Herzen, weshalb sie sich in der Anti-Antifa engagiert. Ihrer Meinung nach ist die "Voraussetzung, um in absehbarer Zeit gegenüber der Antifa sanktionsfähig zu werden, auf jeden Fall das weitere Sammeln und Auswerten von Informationen" (das Zitat stammt aus einer E-Mail, die sie im Juni 1998 an das Thule-Netz schickte). Thekla Kosche erkannte früh die Möglichkeiten, die sich Rechtsextremisten durch das neue Medium Internet boten. So baute sie in den 90er Jahren das rechtsextreme Netzwerk "Thule Netz" an zentraler Stelle mit auf. Netzwerke dieser Art ermöglichen den Neo-Nazis eine schnelle und durch Verschlüsselung und Passwörter geschützte Kommunikation. Thekla Kosche verließ das Thule Netz aber schließlich wieder, weil dort "Verwässerung völkischen Denkens ohne politischen Machtanspruch" betrieben wurde. Stattdessen gründete sie 1997 das "Nordland Netz", um dort ihre Vorstellungen völkischen Denkens zu propagieren.

Am 24. Mai 1997 meldete Thekla Kosche in ihrem damaligen Wohnort Bad Segeberg (unserem Wissen nach) zum ersten Mal einen Nazi-Aufmarsch an, an dem 150 ihrer braunen ‚Kameraden' teilnahmen. Jedoch waren die BewohnerInnen von Bad Segeberg nicht sonderlich begeistert von ihren Aktivitäten, und ziemlich bald, nachdem (u.a. durch eine Antifa-Demonstration zu ihrer Wohnung) in der Stadt bekannt wurde, um wen es sich bei Thekla Kosche handelt, war sie arbeitslos. Nicht zuletzt aufgrund der breiten Ablehnung, die Thekla Kosche hier entgegenschlug, entschloss sie sich zum Wechsel ihres Wohnorts. 1999 zog sie nach Lübeck, wo sie sich in der rechtsextremen Vereinigung ‚Bündnis Rechts für Lübeck' betätigte. Das ‚Bündnis' ist ein Zusammenschluss von ‚Nationaldemokratischer Partei Deutschland' (NPD), ‚Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) und so genannten ‚Freien Nationalisten' unter Federführung der bundesweit bekannten Neo-Nazis Thomas Wulff und Christian Worch. Zudem engagierte sich Thekla Kosche als Redakteurin der Nazi-Zeitung ‚Lübecker Aufklärer'.
Im Jahr 2000 zog sie schließlich nach Kiel, um dort als Fahrradkurierin zu arbeiten. Sehr bald jedoch fühlten sich mehrere Kunden von ihr ausspioniert und beschwerten sich bei der Unternehmensleitung. Nachdem dann ihre Zugehörigkeit zur militanten rechtsextremen Szene belegt wurde, musste sich Thekla Kosche wieder einmal einen neuen Job suchen.
Auch in ihrer neuen Heimat Hamburg setzte Thekla Kosche auf den coolen Outdoorjob, musste jedoch auch hier feststellen, dass ihre MitarbeiterInnen kein Interesse an einer solchen ‚Kollegin' hatten. 2001 verklagte sie die ‚taz hamburg', nachdem diese über sie und ihre Anti-Antifa-Aktivitäten berichtet hatte. Thekla Kosche behauptete, sie habe werder mit Rechtsextremismus, noch mit der Anti-Antifa irgendetwas zu tun. Alles was sie mit diesem Thema verbände, wären weit zurück liegende Jugendsünden gewesen. Im Juli desselben Jahres aber war das Hamburger Landgericht kurz davor zu entscheiden: Wer sich selber ‚Nationalsozialistin' nennt und sich damit rühmt, am Aufbau von Neo-Nazi-Internetseiten beteiligt zu sein, der kann der rechtsextremen Szene zugeordnet werden. Auch ihre Anti-Antifa-Aktivitäten konnte die ‚taz hamburg' belegen. Bevor jedoch ein Urteil gefällt werden konnte, zog Thekla Kosche ihre Klage zurück, um eine rechtskräftige Feststellung dieser Tatsache zu verhindern. Und seitdem? Ist aus der bekennenden Nationalsozialistin vielleicht eine weitere ‚harmlose' deutsche Spießerin unter Vielen geworden?
Die Tatsache, dass Thekla Kosche Teilnehmerin des Nazi-Aufmarsches in Hamburg-Mundsburg im Sommer letzten Jahres war, deutet eher auf Gegenteiliges hin. Wahrscheinlich ist, dass Thekla Kosche – außer zu solchen Anlässen – nicht mehr offen auftritt, um im ‚Privatleben' nicht wieder mit entsetzten NachbarInnen, KollegInnen und KommilitonInnen konfrontiert zu sein, die wie in der Vergangenheit etwas allergisch auf die Feststellung reagieren könnten, dass sie es tagtäglich mit einer der bundesweit prominentesten Neo-Nazi-Aktivistinnen zu tun haben.

WARUM WIR NICHT EINFACH SO TUN, ALS WENN NICHTS WÄR

In der letzten Zeit wurde destöfteren die Meinung geäußert, dass Thekla Kosche doch ungefährlich sei, solange sie ihre Nazischeiße für sich behalten würde, und man deswegen auch keine praktischen Schlüsse aus ihrer Anwesenheit im Fachbereich ziehen müsse. Dieser Meinung können wir uns aus verschiedenen Gründen nicht anschließen und halten sie darüber hinaus für eine ziemlich bedenkliche Auffassung vom Umgang mit Faschisten in der Öffentlichkeit.
Neo-Nazi sein ist kein Hobby wie Minigolf, Federball oder Eisenbahnmodellbau, mit dem man im Privaten Entspannung vom stressigen Uni-Alltag sucht. Ein nationalsozialistisches Weltbild basiert grundlegend auf gewaltsamen Ausschluss derjenigen, die nicht zur ‚deutschen Volksgemeinschaft gezählt werden. Neo-Nazis verweilen auch nicht (oder nicht

ausschließlich) in Hobbykellern oder Turnhallen. Um ihrem Weltbild wieder zu mehr gesellschaftlicher Relevanz zu verhelfen, engagieren sie sich masiv im öffentlichen Raum. So finden fast allwöchentlich in deutschen Städten – wie z.B. zuletzt in Hamburg am 27. März diesen Jahres – Aufmärsche von Neo-Nazis statt, an denen auch Thekla Kosche immer wieder teilgenommen hat. Wer solche Aufmärsche als bedeutungslosen und anachronistischen Karnevalsumzug betrachtet, übersieht die brutalen Wirkungen, die ein selbstbewusstes Auftreten von Neo-Nazis in der Öffentlichkeit im Extremfall zur Folge haben kann. Allein seit 1989 haben Rechtsextremisten über hundert Menschen in Deutschland ermordet und versuchen bis heute und tagtäglich mit gewaltsamen Mitteln ihre Vorstellung von gesellschaftlicher Ordnung zu verwirklichen. In manchen Regionen Ostdeutschlands kann dieses Projekt als durchaus gelungen bezeichnet werden. Hier haben Neo-Nazis vor dem Hintergrund ihrer weitgehenden Akzeptanz im öffentlichen Leben ganze Landstriche zu ‚national befreiten Zonen' erklärt. Wer hier der ‚deutschen Leitkultur' nicht entspricht, der kann sein Leben zumeist nur noch als bedrohlich wahrnehmen und muss jederzeit mit gewalttätigen Übergriffen rechnen.

Wir wollen nicht darauf warten, dass Thekla Kosche hier im Fachbereich mit ihrem nationalsozialistischem Denken ‚endlich' erkennbar und selbstbewusst nach außen tritt. Das Prinzip des Abwartens hat sich mit Blick auf die deutsche Vergangenheit alles andere als bewährt. Wir wollen uns nicht erst zu Wort melden, wenn rassistische und antisemitische Statements in Seminaren bereits als ‚lediglich einige weitere Beiträge' in die Diskussion eingegangen sind. Gesprächsbereitschaft und Toleranz gegenüber gesellschaftlichen Gruppen, die auf extremer Intoleranz basieren, ist unserer Meinung nach mehr als unangebracht.
Der Moment, in dem man mit Nazis in Dialog tritt, ist immer schon der Moment, in dem diese als mögliche Gesprächspartner legitimiert und akzeptiert werden, selbst wenn ihre inhaltlichen Positionen innerhalb der Diskussion auf Ablehnung stoßen sollten.
Abgesehen davon darf berechtigter Zweifel gehegt werden, ob Thekla Kosche in der Universität jemals nach außen als aktive Nationalsozialistin auftreten wird. Schließlich bestand ihr bisheriges Engagement vor allem aus Anti-Antifa-Arbeit, die bekanntermaßen unsichtbar bleiben muss, um wirksam werden zu können. Wie bereits erwähnt wurde Thekla Kosche auch an Arbeitsplätzen ihrer Vergangenheit im Sinne ihres politischen Aufgabenfeldes aktiv.
Und selbst wenn Thekla Kosche nicht Informationen über ihre KommilitonInnen und DozentInnen sammeln sollte, um unter ihnen mögliche antifaschistische GegnerInnen ausfindig zu machen, haben wir kein Interesse daran, dass sich Neo-Nazis im Fachbereich tummeln. Selbst in so einem Fall ist die Universität immer noch der Bereich, in dem Thekla Kosche sich berufliche Qualifikationen zur Sicherung ihrer Existenzgrundlage aneignet, was wiederum eine notwendige Voraussetzung für ihre rechtsextreme Freizeitaktivität darstellt.
Auch frühere ‚KollegInnen' von Thekla Kosche wollten keine Nazis an ihren Arbeitsplätzen dulden, weswegen sie immer wieder gezwungen war, ihren Job zu wechseln.
Wir halten dieses Verhalten gegenüber Thekla Kosche für richtig, da ihr auf diese Weise klar gemacht wurde, dass aktive Rechtsextremisten in allen Alltagsbereichen mit Widerstand und weitgehender gesellschaftlichen Isolierung rechnen müssen. Deswegen haben auch wir uns entschlossen, Thekla Kosches Anwesenheit im Fachbereich etwas mehr Bedeutung zu schenken, um klar zu machen, dass auch die Universität ihr keinen Rückzugsraum bieten wird, in dem sie unbehelligt ihrem Alltag nachgehen kann.

WARUM WIR TUN, WAS WIR TUN

Mit diesem Infoblatt wollen wir es nicht länger dem Zufall und schon gar nicht Thekla Kosche überlassen, ob die Studierenden des Fachbereichs von ihren rechtsextremistischen Aktivitäten erfahren oder nicht. Jede/r soll die Möglichkeit haben, Thekla Kosche in dem Wissen um ihren rechtsextremistischen Hintergrund gegenüber zu stehen oder sogar mit ihr in Kontakt zu treten.
Wir haben in diesem Infoblatt die unserer Ansicht nach wichtigsten Informationen zu Thkla Kosches Aktivitäten versammelt, da unserer Meinung nach die Thematik zu brisant ist, als dass sie lediglich – wie es bereits der Fall ist – als zerstreutes Gerücht im Institut kursieren sollte. Zudem haben wir auch Fotos von Thekla Kosche in Aktion abgedruckt, um der Gefahr entgegenzuwirken, dass diffuse und ebenfalls bereits verbreitete Personenbeschreibungen irgendwann zu Verwechslungen führen.
Wir halten es aufgrund von Thekla Kosches zumeist verdeckt stattfindenden Anti-Antifa-Aktivitäten für wichtig, dass möglichst niemand in die Situation gerät, mit ihr unwissend in einer Referatsgruppe zu landen, sie schließlich in der eigenen Wohnung bei Kaffee und Kuchen zum Arbeitstreffen zu empfangen, um es im Nachhinein bitterlich zu bereuen.
Das Öffentlich machen von Neo-Nazis an der Universität hat sich schon des öfteren bewährt. So wurde schon 2001 von Studierenden des Fachbereichs Geschichtswissenschaften verhindert, dass die ‚Freie Nationalistin' Inge Nottelmann ihr Studium fortsetzen konnte. Nach Verteilen eines Infoblattes im Vorfeld einer Vorlesung wurde ihr im Folgenden von Studierenden so lange der Weg in Richtung Phil-Turm-Ausgang nahegelegt, bis sie schließlich nicht wieder kam und bis heute dem Campus fern blieb.

WER IST ‚WIR'?

Diejenigen, die dieses Infoblatt bis zum Ende durchlesen, werden feststellen, dass die Autorinnen und Autoren es vorgezogen haben, anonym zu bleiben. Wir haben uns zu diesem Schritt entschlossen, da Thekla Kosche dafür bekannt ist, sofort Anzeige zu erstatten, um auf diese Weise weitere Informationen über Personen zu erhalten, die sich ihren faschistischen Aktivitäten entgegen stellen.
Immer wieder veröffentlichten Neo-Nazis in der Vergangenheit persönliche Daten von AntifaschistInnen in Form von Steckbriefen, die das militante Neo-Nazi-Spektrum zu Handlungen gegen die entsprechenden Personen motivieren sollten. Wir bitten euch deshalb, nicht darüber zu spekulieren, wer denn nun die Personen hinter diesem Flugblatt sind. Im schlimmsten Fall geraten die Falschen in den Datenspeicher. Da wir also nicht direkt ansprechbar sein werden, bleibt Euch nichts anderes übrig, als unseren Informationen ein wenig Vertrauen zu schenken oder im Zweifelsfall einfach mal im Internet bei ‚Google' die Wörter ‚Thekla Kosche' und/oder ‚Anti-Antifa', ‚Rechtsextremismus' und was Euch noch so einfällt einzugeben. Sehr informativ ist auch der Besuch der Seite ‚www.spiritwake.de'. Hierbei handelt es sich um die Homepage von Thekla Kosches Versand, Buchhandlung und Antiquariat mit dem Spezialgebiet ‚Okkultismus und Drittes Reich', wobei dort geführte Diskussionen besonders empfehlenswert sind. In diesem Fall viel Vergnügen beim Surfen.
(Auszüge aus der Infobroschüre: Fuckin' Scheisse....erst Studiengebühren und jetzt auch noch



Jetzt neu: Paragraf 129a mit höheren Strafen und Gesinnungszuschlag

Während Rot-Grün einzelne Teile der Novelle als "Liberalisierung" feierten, meldeten die Agenturen am Tag der Verabschiedung im Bundestag: "Koalition verschärft Anti-Terror-Gesetze." Fest steht: Die Neuregelung des § 129a StGB ist wieder einmal ein klarer Fall von EU-harmonisierter Repression.

Der § 129a Strafgesetzbuch (StGB) wurde in der Zeit der "Terroristenhysterie" der 1970er Jahre eingeführt, um RAF-Mitglieder und SympathisantInnen des bewaffneten Kampfes mühelos verurteilen zu können – auch wenn ihnen keine Beteiligung an konkreten Straftaten nachzuweisen war. Die RAF ist längst Geschichte; der Paragraf erfüllt seine Funktion heute immer noch – und seit Ende letzten Jahres in neuer Form: Die Strafandrohung wurde verschärft und die Strafverfolgung soll nun (teilweise) von einer nachzuweisenden "terroristischen Absicht" abhängig gemacht werden.
Die §§ 129, 129a und 129b StGB stellen als Organisationsdelikte das Kernstück des politischen Sonderstrafrechts in der Bundesrepublik dar. Zielt der § 129 auf "kriminelle Vereinigungen", stellen die §§ 129a und 129b die Gründung, Mitgliedschaft, Unterstützung oder Werbung für eine "terroristische Vereinigung" unter Strafe. Juristisch ist eine terroristische Vereinigung" definiert als eine auf eine gewisse Dauer angelegte organisatorische Verbindung von mindestens drei Personen. Diese Gruppe muss einen gemeinsamen Zweck verfolgen, wobei der Wille des einzelnen Mitglieds dem Willen der Gesamtheit der Vereinigung untergeordnet wird. Als Organisationsdelikte stellen diese Paragrafen somit auf die Gesinnung der Beschuldigten ab – da entgegen den sonstigen Prinzipien des deutschen Strafrechts keine konkrete Tatbeteiligung nachgewiesen werden muss. Wie selbst der Bundesgerichtshof 1978 festgestellt hat, ist der § 129a eine Präventionstrafnorm, die eine Strafbarkeit "schon weit im Vorfeld der Vorbereitung konkreter strafbarer Handlungen" ansiedelt.

...

Staatliche Definitionsgewalt

Ähnlich wie bei der Einführung des § 129b StGB vor zwei Jahren, der die strafrechtliche Verfolgung einer "terroristischen Vereinigung" aus dem Ausland in der BRD möglich macht, erfolgte die Ende letzten Jahres in Kraft getretene Novellierung des § 129a als Vollzug einer europäischen Regelung. Der Rat der Europäischen Union hatte im Juni 2002 die Mitgliedsstaaten "unmissverständlich aufgefordert, ihr strafrechtliches Instrumentarium an die Herausforderungen des internationalen Terrorismus anzupassen", wie der Rechtsausschuss des Bundestages in seiner Beschlussempfehlung betonte. Dabei vergaß die rot-grüne Ausschußmehrheit allerdings hinzuzufügen, dass es nicht unwesentlich die Bundesregierung selbst war, die diesen repressiven Handlungsdruck hervorgebracht hat.
Wer zudem glaubt, dass die Neufassung alleine auf die "Herausforderungen des internationalen Terrorismus" zurückgeht, täuscht sich. Vielmehr geht es darum, die zentrale Strafnorm des politischen Sonderstrafrechts neu zu justieren – und damit auch auf veränderte politische und soziale Widerstandsformen in der BRD zu reagieren. Wie bisher gilt die Strafandrohung bei Vereinigungen uneingeschränkt, wenn ihnen schwere Straftaten wie Mord, Geiselnahme oder Entführung zugerechnet werden. Neu eingeführt wurde allerdings der Nachweis einer "terroristische Absicht" für die übrigen § 129a-Katalogstraftaten, durch die diese Taten erst zu "terroristischen" Aktionen im Sinne des Gesetzes werden. Bei dieser Gelegenheit wurde dieser Katalog auch gleich ausgeweitet. Er umfasst nun unter anderem auch Computersabotage nach § 303b und die Zerstörung von Bauwerken nach § 305 StGB, die Störung von Telekommunikationsanlagen nach § 317 und schwere Körperverletzung nach § 226 StGB. Vor allem aber wird beim Strafmaß für die Unterstützung einer "terroristischen" Vereinigung die Höchststrafe von bisher fünf Jahren auf zehn Jahre angehoben. Neu ist auch Absatz 3, nachdem schon alleine die Androhung von Straftatbeständen nach § 129a mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu belegen ist.
"Die Definition war uferlos. Viele wurden verdächtigt – für eine Verurteilung reichte es selten", so bilanzierte die grüne Bundestagfraktion die bisherige Anwendung des § 129a. Aber anstatt sich – wie in der Opposition – für dessen Abschaffung einzusetzen, verkündeten die Bundesgrünen stolz: "Künftig kommt es auf den terroristischen Hintergrund der Vereinigung an". Wie es in einem internen Papier heißt, glauben die grünen RechtsexpertInnen, dass künftig die Festsetzung von Personen in Untersuchungshaft nicht mehr möglich sei, "wenn sich der Verdacht auf eine Vereinigung bezieht, deren Aktivitäten nicht so gravierend sind, dass sie geeignet sind, den Staat insgesamt oder eine internationale Organisation zu gefährden" (zit. n. jW, 5.4.03)

Flexible Allzweckwaffe

"Atonome Kleingruppen, die Gewalt gegen Sachen begehen, können künftig kaum noch als Terroristen stigmatisiert werden", hofft Christian Rath in der taz (21.10.03). Ist diese Hoffnung berechtigt? Festzustellen ist, dass nun erstmals definiert ist, was unter "terroristisch" zu verstehen ist, womit auch einer alten Forderung bürgerrechtlicher KritikerInnen entsprochen wurde. Viel ist damit jedoch nicht gewonnen. Die Definition ist so weit gefasst, dass sie weiterhin flexibel nach politischen Erwägungen angewandt werden kann. Die entsprechende Ausführung im Gesetz definiert eine "terroristische Absicht" nämlich als Tat, die bestimmt ist, "die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern, eine Behörde oder eine internationale Organisation rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates oder einer internationalen Organisation zu beseitigen oder erheblich zu beeinträchtigen, und durch die Art ihrer Begehung oder ihre Auswirkungen einen Staat oder eine internationale Organisation erheblich schädigen kann" (Bundesgesetzblatt Jhg. 2003 Teil I Nr. 65 vom 27.12.2003).
Was bedeutet nun aber konkret "auf erhebliche Weise einzuschüchtern" oder "durch Drohung mit Gewalt zu nötigen"? Wer definiert, was "unter erheblich zu beeinträchtigen" bzw. "erheblich schädigen kann" zu verstehen ist? Tatsächlich wird die Anwendung des § 129 a weiterhin eine Defintionssache der Ermittlungsbehörden und RichterInnen sein. Darauf wurde auch bei der Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages hingewiesen. Mehrere Sachverständige hatten kritisiert, dass die Verwendung unbestimmter und deshalb dehnbarer Rechtsbegriffe wie etwa "schwerwiegende Einschüchterung" in der Praxis zu erheblichen Auslegungsschwierigkeiten führen wird. Durch die erhebliche Ausweitung des Straftatenkatalogs – ein Anfangsverdacht der schweren Körperverletzung oder der Störung von Telekommunikationsanlagen in "terroristischer Absicht" wird sich von kreativen ErmittlerInnen leicht konstruieren lassen – wird es zudem reichlich Möglichkeit geben, die weit reichenden Sonderbefugnisse bei Verdacht nach § 129a gegen eine/n Verdächtige/n großzügig anwenden zu können. Es bedarf nicht allzu viel Fantasie, sich vorzustellen, dass deshalb auch in Zukunft mit diesen weit reichenden Definitionen vielfältige Formen des politischen bzw. sozialen Protestes erfasst werden können (von Demonstrationen über Haubesetzungen bis hin zu Streiks und Betriebsbesetzungen) – wenn es politiisch opportun erscheint.

(stark gekürzt aus ak 482, März 2004)

Gesinnungsurteil:

Der Prozess gegen die Revolutionären



Unerschütterlich hielten die Richter am Kronzeugen der Bundesanwaltschaft fest, auf dessen Aussagen die Anklage im Wesentlichen beruhte - trotz nachgewiesener Falschaussagen, zahlreicher Widersprüche und Ungereimtheiten seiner Tatschilderungen sowie erheblicher Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit. Am Ende verhängte das Gericht mehrjährige Haftstrafen gegen die fünf Angeklagten. Keine Vorab-Pressemitteilung, kein Hinweis am vorangegangenen Verhandlungstag, noch nicht einmal alle Angeklagten und Anwälte waren informiert, dass an diesem Tag die Urteile gesprochen würden.
Fast unbemerkt ist am 18. März in Berlin der Prozess gegen mutmaßliche Mitglieder der "Revolutionären Zellen" (RZ) zu Ende gegangen. Von der anfänglichen Aufregung war am Ende nichts mehr zu spüren. Im Dezember 1999 sorgte noch eine Großrazzia im Berliner Alternativzentrum Mehringhof für Aufsehen. An die eintausend Polizisten machten sich damals auf die Suche nach einem Sprengstoffdepot der längst aufgelösten, aber immer noch Geheimnis umwitterten Gruppe. Gefunden wurde nichts, ebenso wenig wie bei einer zweiten Durchsuchung im Mai 2000, bei der der Kronzeuge die Beamten per Videostandleitung durch Teile des Gebäudes dirigierte.
Dass die Revolutionären Zellen einem leitenden Beamten der Berliner Ausländerbehörde sowie einem für Asylverfahren zuständigen Richter am Bundesverwaltungsgericht in die Beine geschossen haben, bewegte ganz offensichtlich auch mehr als 15 Jahre danach die Richter. Im Rahmen ihrer so genannten Flüchtlingskampagne hatten die RZ in den achtziger Jahren zahlreiche militante Aktionen gegen die immer repressiver werdende Asyl- und Ausländerpolitik der Bundesrepublik unternommen - darunter auch die beiden "Bestrafungsaktionen" in Berlin. Der Prozess war von Anfang an als endgültige Abrechnung mit der RZ angelegt worden. Die "Feierabend-Guerilleros" verübten überwiegend Anschläge gegen Sachen.
Für die Ermittlungsbehörden war die Stadtguerilla nie richtig zu fassen gewesen. Die meisten der Aktivisten blieben unerkannt - bis sich das ehemalige RZ-Mitglied Tarek Mousli (45) als Kronzeuge andiente.
Am Ende steht fest: Alle Bemühungen der Verteidigung, die Glaubwürdigkeit des Zeugen der Anklage während der insgesamt 174 Verhandlungstage zu erschüttern, prallten an der Bundesanwaltschaft und dem Kammergericht ab. Das Gericht sah es als erweisen an, dass die Angeklagten im Alter zwischen 53 und 61 Jahren an den Knieschüssen aus den Jahren 1986 und 1987 beteiligt waren. Verurteilt wurden sie wegen Rädelsführerschaft bzw. Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung" nach § 129a StGB, Beteiligung am Anschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) in Berlin 1987 sowie einen versuchten Anschlag auf die Berliner Siegessäule 1991.
Die Angeklagten, die teilgeständig waren, erhielten Strafen zwischen zwei und vier Jahren. Das Gericht folgte in allen Punkten der Anklage der Bundesanwaltschaft. Obwohl für viele Behauptungen des Kronzeugen jeglicher Beweis fehlte. Die Verteidigung machte vergeblich auf den Umstand aufmerksam, dass die Bundesanwaltschaft Mousli mit einem langen Prozess und einer hohen Haftstrafe gedroht hatte. Der Kronzeuge sei von den Ermittlungsbehörden nicht unter Druck gesetzt worden, hielt das Gericht vielmehr fest. Das Vorgehen sei "keinesfalls eine Nötigung, sondern ein zulässiges Mittel" gewesen. Die Aussagen des Kronzeugen enthielten eine "Fülle von Täterwissen".
Die Frage, inwieweit Mousli von den Ermittlungsbehörden unterstützt, gefördert und mit Informationen gespickt wurde, stellte sich das Gericht jedoch nicht. Dabei hatte selbst das Verwaltungsgericht Berlin festgestellt, dass dem Erinnerungsvermögen Mouslis mit "unterstützender Hilfe" auf die Sprünge geholfen worden sei: Ihm waren unter anderem Namen und Fotos "seitens der Vernehmenden vorgenannt" worden. Das Verwaltungsgericht war von der Verteidigung angerufen worden, weil die Protokolle der Gespräche zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und dem Kronzeugen den anderen Prozessbeteiligten vorenthalten worden waren. Mousli war nach dem Deal mit den Ermittlungsbehörden zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden und lebt seitdem unter neuer Identität im Rahmen des Zeugenschutzprogramms des BKA.
Tatsächlich beruhen die meisten Anschuldigungen Mouslis lediglich auf Hörensagen. Er war nicht selbst Zeuge der Taten, sondern sie wurden ihm nur erzählt. Über diesen Umstand ging das Gericht unbekümmert hinweg. Es spielte für die Richter keine Rolle, dass der von Mousli beschriebene Aufbau des Sprengsatzes, der beim Anschlag auf die ZSA verwendet wurde, nicht den Ermittlungsergebnissen des BKA entsprach. Es spielte keine Rolle, dass die Tatortspuren keine DNA der Angeklagten auswiesen. Unerheblich auch, dass eine Zeugin sich dazu bekannt hat, 1986 die Schüsse auf die Beine des Chefs der Ausländerbehörde abgegeben zu haben und nicht ein Angeklagter, wie von Mousli behauptet.
Die Sache sah für den Senat ganz einfach aus: Drei Angeklagte hätten sich als RZ-Militante geoutet. Damit seien wesentliche Teile der Anklage und die Glaubwürdigkeit des Kronzeugen "erhärtet worden". Dass die drei den Aussagen des Kronzeugen widersprachen, objektive Beweise fehlten, spielte keine Rolle mehr. Die biographischen Gemeinsamkeiten und die politische Gesinnung der Angeklagten genügten für eine Verurteilung. Schließlich gibt es seit den siebziger Jahren den Anti-Terrorismus- Paragraphen 129a. Wer Mitglied einer "terroristischen Vereinigung" ist, dem wird Mitwisserschaft und Mitverantwortung einer Tat unterstellt, eine konkrete Tatbeteiligung muss nicht nachgewiesen werden. Ein dubioser Kronzeuge genügt.



Aufruf zur bundesweiten antiolympischen Demonstration am 15. Mai 2004 in Leipzig

FATAL ERROR – THE GAME IS OVER



Wir sind ganz klar gegen Olympia. Doch gerade deswegen sind zu Beginn einige Klarstellungen nötig. Weder sind wir der Meinung, dass die olympischen Ideale durch den Kommerz verraten wurden, noch fordern wir "Volxsport statt Olympia". Auch halten wir es angesichts der uns wichtigen Kritikpunkte für relativ unerheblich, ob durch Olympia ein Feuchtbiotop vor der eigenen Haustür oder das "malerische Antlitz" einer Stadt zerstört wird. Die olympischen Ideale sind Ausdruck der kapitalistischen Verhältnisse und gleichzeitig eine reaktionäre Antwort auf die Moderne. Die olympischen Schlagworte "Internationalismus", "Fair Play", "Schönheit", "Chancengleichheit" und "Höchstleistung" wurden von Coubertin, dem Erfinder der neuzeitlichen Spiele, als Gegenmodelle zum Kosmopolitismus, zum vermeintlichen Werteverfall im Zuge des Materialismus, der angeblichen "rassischen Degeneration" und "Verweichlichung" entworfen. Die Olympischen Spiele waren darüber hinaus als ein Gegengift gegen Frauenbewegung, Pazifismus und Klassenkampf gedacht. Andererseits spiegelten sich schon zu Beginn in den Wettkämpfen kapitalistische Prinzipien wider, die einen gewissen historischen Fortschritt darstellen. Nicht ohne Grund konnte die olympische Bewegung jahrzehntelang in Deutschland nicht Fuß fassen, da schon die Idee des Wettstreits mit anderen Nationen den sich überlegen fühlenden Deutschen zuwider war. So entwickelte sich hierzulande – später auch in Abgrenzung zur internationalen olympischen Idee – eine völkische Turnbewegung, die sich auf Wehrsportübungen spezialisierte.

Wenn also von einem Verrat der olympische Ideale die Rede sein sollte, dann kann dies nur im Zusammenhang mit der Berliner Olympiade 1936 – eine der größten nationalsozialistischen Propagandaveranstaltungen – geschehen. Inzwischen wurden mit der Kommerzialisierung der Spiele die olympischen Ideale zumindest teilweise in eine andere und positivere Richtung überwunden. Auf den ersten Blick gelten zwar noch die alten Werte – doch in Wirklichkeit wurde der Wettstreit der sich kriegerisch gegenüberstehenden Nationen und ihrer Eliten sukzessiv in ein kommerzielles Massenevent mit demokratischem Antlitz transformiert. Bei diesem werden weiterhin sozialdarwinistische, rassistische und sexistische Verhältnisse reproduziert – aber nicht mehr bewusst in Abgrenzung zur Moderne forciert.

Warum wir trotzdem sowohl die alten Ideale als auch die heutige olympische Ausprägung kategorisch ablehnen, begründet der folgende Aufruf.

Kapitalismus

Als weltweit größte und angesehenste Sportveranstaltung reproduziert Olympia jene scheußlichen Zumutungen der kapitalistischen Verhältnisse, für die wir nur Kritik übrig haben. Absolute Leistungsbereitschaft, menschenverachtende Konkurrenz und Rücksichtslosigkeit gegenüber individuellen Bedürfnissen sind die modernen "olympischen" Tugenden. Sie haben im Zuge der Durchsetzung des Kapitalismus von allen Regionen der Welt und allen Bereichen des Lebens Besitz ergriffen. Sie sind ein konkreter Ausdruck der kapitalistischen Verhältnisse.

In diesen Verhältnissen wird Gesellschaft nicht über direkte Absprache zwischen den Gesellschaftsmitgliedern, sondern vermittelt über den Tausch von Waren hergestellt. Unter den Bedingungen betriebswirtschaftlicher Rationalität werden menschliche Arbeitskraft und Produktionsmittel eingekauft, um Waren herzustellen, welche auf dem Markt gegen Geld getauscht werden, um am Ende mehr Geld in der Tasche zu haben, als man für die Warenproduktion aufwenden musste. Statt mit dem Geld in Luxus zu schwelgen, wird es wieder in die Produktion neuer Waren gesteckt. Bedürfnisse spielen nur dann eine Rolle, wenn sich ihre Befriedigung möglichst gewinnbringend verschleudern lässt. Kapital ist damit nicht die pure Anhäufung von Geld wie bei Dagobert Duck und seinem Geldspeicher, sondern ein Prozess, der, sobald er sein vermeintliches Ende mit dem Warentausch erreicht hat, wieder in der Produktion von neuen Waren mündet. Ein Selbstzweck, der zum Motor dieser Gesellschaft wurde, weil ihn die Menschen täglich aufs neue wiederholen, ohne sich über seine Bedeutung im Klaren zu sein. Produziert wird nur das, was sich am effizientesten zu Geld machen lässt. Keiner würde heute die Olympischen Spiele veranstalten, wenn sich damit nicht aus Geld mehr Geld machen ließe.

Doch auch die Spiele waren einem Wandel der Zeit unterworfen. Im 19. Jahrhundert war der alte "Olympische Gedanke" noch integraler Bestandteil der Veranstaltung. Dieser verlor aber zunehmend an Bedeutung. Als Rückbesinnung auf traditionelle Werte im Angesicht des sich durchsetzenden Kapitalismus gedacht, entlarvten sich diese Ideale bald vor der kapitalistischen Realität. Nach den zwei Weltkriegen war der Putz von den vermeintlich guten olympischen Tugenden fürs erste runter. Die von der Olympia-Bewegung geforderte Überwindung nationaler Egoismen, Frieden und internationale Völkerverständigung entpuppten sich im Angesicht der zwei Weltkriege als fromme Wünsche. Zu diesen Werten wurde anschließend in Zeiten der Blockkonfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion höchstens ein instrumentelles Verhältnis gepflegt. Mit den ökonomischen Umbrüchen der 90er Jahre ist Olympia zum Standortfaktor geworden. Die Spiele sind im Zeitalter der Globalisierung ein von Anfang bis Ende durchkommerzialisiertes Marketing-Event, das weltweit seinesgleichen sucht.

Die Stadt, die den Zuschlag für die Veranstaltung von Olympia erhält, bekommt zwei Wochen lang die Gelegenheit, sich der Weltöffentlichkeit, insbesondere ausländischen InvestorInnen, zu präsentieren und kann für diese Zeit mit Einnahmen aus den Geldbeuteln der vielen BesucherInnen rechnen. Zweifel aufgrund kaum kalkulierbarer Kosten der Olympiabewerbung weichen jedoch schnell der Hoffnung auf das schnelle Geld. Egal welche gewaltigen Geldbeträge für die gigantischen Erfordernisse an Infrastruktur und Marketing nötig sind, um die Auflagen einer vom IOC abgesegneten

Bewerberstadt zu erfüllen, die Hoffnung auf sanierte Stadtkassen würde vermutlich den Leipziger OBM Tiefensee sogar dazu bringen, seine Großmutter zu verkaufen.
Dabei ist es gleichgültig, was den Arenen, Hotels und Autobahnen weichen muss. Kein Stück Erde bleibt auf dem anderem, wenn das Projekt Olympia erst einmal in Gang kommt. Ob BettlerInnen von der Straße geräumt, ArbeitsmigrantInnen um ihren Lohn geprellt, Wälder abgeholzt oder Flüsse zubetoniert werden, die Zerstörung der Lebensgrundlagen ist immer im Preis mit inbegriffen. Ein System, welches keinen anderen Zweck außer dem Verschleiß menschlicher Arbeitskraft für die Anhäufung von Geld kennt, nimmt keine Rücksicht auf die Umwelt, am wenigsten jedoch auf die Beteiligten selbst. Wie am Fließband muss der Athlet pausenlos trainieren, um bei Olympia nicht zu versagen. Für ein paar Hundertstel Sekunden weniger oder ein paar Millimeter mehr ist jedes Mittel recht. Ob man dem eigenen Körper Schaden zufügt, ist nicht relevant, solange die Hungerkur und die Dopingmittel den gewünschten Erfolg versprechen. Das Ziel, wahnwitzige Rekorde aufzustellen, wird zum Götzen, dem jedeR SportlerIn huldigt. Die absolute Zurichtung des eigenen Körpers für irgendwelche abstrakten Zahlen ist so typisch für den Kapitalismus wie seine Veranstaltungen. Das "größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl" (Jeremy Bentham) ist es, was die Rekordjagd bestimmt.
Angesichts dieser Tatsachen ist es blanker Hohn, wenn die Verantwortlichen gebetsmühlenartig von "Freude am Spiel" und "dabei sein ist alles" schwadronieren. Dass der "friedliche Wettbewerb" überhaupt gar nicht friedlich ist, zeigt die kapitalistische Konkurrenz. Ob Arbeitskräfte, Unternehmen oder ganze Nationalökonomien – nicht das solidarische Miteinander, sondern das bedingungslose Ausstechen der KonkurrentInnen markiert die Messlatte für den Erfolg. Jobs, Marktanteile oder aber die beste Zeit bei Olympia, der Zweck heiligt die Mittel.
Aufgrund seines "umfassenden" Drangs nach Konkurrenz erfordert der Kapitalismus die Aufgabe jeglicher Autonomie; konkurrenzfähig zu sein, verlangt die vollständige Hingabe an seine Prinzipien. Die tägliche Erfahrung, nur nach kapitalistischen Kriterien seinen Nutzen für die Gesellschaft zu beweisen, zwingt den Beteiligten dazu, alle entgegengesetzte Momente seines Charakters zu kontrollieren.
Der Konkurrent stellt damit direkt eine Gefahr für die eigene Persönlichkeit dar, was ökonomisch ohnehin meistens für die individuelle Existenzgrundlage zutrifft. Die panische Angst vor der allumfassenden Konkurrenz, durch sie ins gesellschaftliche Abseits befördert zu werden und damit unnütz zu sein, bereitet die Grundlage für Projektion. Genügt man den Anforderungen nicht, so werden die individuellen Probleme als Schuld des Anderen externalisiert. Dies muss nicht zwingend in rassistischer oder antisemitischer Form passieren, sondern kann beim Mobbing auf Arbeit anfangen und bei Prügeleien im Sport enden. Die permanente Unterdrückung der eigenen Triebe, der es bedarf, um den kapitalistischen Kriterien gerecht zu werden, provoziert gewaltvolle Ausbrüche – diese können gegen sich selbst gerichtet sein oder aber dem direkten Kontrahenten gelten.

Nationalismus

Neben den Funktionen des Sportes als soziales Herrschaftselement zur Stabilisierung und Legitimierung der bestehenden Ordnung und deren repressiver Vermittlung im Einzelnen kommt dem Sport und im speziellen auch Olympia eine nicht unbeträchtliche gesellschaftliche Bedeutung zu.
Trotz der Einbettung des Sportes in ein transnationales soziales System der Kulturproduktion, welches in gewisser Hinsicht quer zu den Grenzen nationalstaatlich verfasster Gesellschaften verläuft, steht es diesen nicht entgegen. Ganz im Gegenteil verstärken internationale Wettkämpfe das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl, da die Wahrnehmung der anderen Nationen ausschließlich eine als Konkurrentin ist.
Sportlichen Großevents kommt dabei neben der ihnen inhärenten Reproduktion des Geschlechterverhältnisses eine entscheidende Bedeutung bei der Aktualisierung des nationalen Zugehörigkeitsgefühles zu. Gerade der olympische Wettstreit der Nationen setzt bei den mitfiebernden ZuschauerInnen die Identifikation mit der "eigenen" Nation voraus. Die SportlerInnen fungieren dabei als RepräsentantInnen derjenigen Nation und Kultur, der sich die ZuschauerInnen zurechnen.
Häufig wird dabei die rassistische Vorstellung reproduziert, dem nationalen Kollektiv könnten spezielle, quasi natürliche Eigenschaften zugeordnet werden. So werden den südamerikanischen Mannschaften beispielsweise Kreativität und Verspieltheit zugerechnet und diesen die robuste, von unerschütterlicher Kampfstärke bestimmte deutsche Spielweise gegenübergestellt.
Dem nationalen Kollektiv ordnet sich bereitwillig alles Individuelle unter und die Gesellschaft kommt als nationale Gemeinschaft zu sich. Dieses positive Zugehörigkeitsgefühl beinhaltet unweigerlich die Zustimmung zum politisch-gesellschaftlichen System und stützt das identitäre nationalistische Massenbewusstsein. Derlei sozialpsychologische Mechanismen werden besonders effizient befördert vom sportlichen Spektakel. Was 1936 der Weltöffentlichkeit das deutsche Nazireich präsentierte und 1954 sowohl den Schmerz der deutschen Volksseele über den verlorenen Weltkrieg linderte als auch Kriegsheimkehrer und Vertriebene in den Schoß der Täternation zurückbrachte, ist Inbegriff deutsch-nationalistischer Identitätshuberei. Und auch die Weltmeisterschaft von 1990 integrierte die verlorenen – aber nicht minder deutschen – Söhne und Töchter aus dem Osten in den nationalen Jubel und damit in die wiedererwachende Nation. Die olympische Glorifizierung von Nationalhymnen, die Präsentation nationaler Symbole und die faschistische Ästhetik der Licht- und Fackelspiele entfaltet sich hier besonders ausgeprägt und trägt auch durch die mediale Fokussierung auf die Leistungen der SportlerInnen des "eigenen" Landes den nationalen Gedanken auch außerhalb der Stadien in Millionen Wohnzimmer.
Und obwohl die schon historisch enge Verbindung von Sport und Nationalismus eine kritische Auseinandersetzung nahe legen würde, bleibt gerade diese aus. So steht es auch für deutsche Tradition, dass die Stadt Leipzig Albert Speer, dessen gleichnamiger Vater als Nazigröße hauptverantwortlich für die architektonische Inszenierung des Nationalsozialismus und damit auch der Olympiade 1936 in Berlin war, für die architektonische Planung von Olympia 2012 ausgewählt hat. Angesichts der Tatsache, dass zwischen Junior und Senior durchaus ideologische Kontinuitäten bestehen, ist diese Wahl geradezu skandalös. Der ungebrochen positive Bezug des Sohnes auf seinen Vater ruft in Deutschland 2004 keinen Widerspruch hervor.

Sozialismus

Sport bietet über die Identifikation mit den Erfolgen der Nationalteams eine negative Kompensation des Verlustes an Selbstachtung, welcher den für die Warenproduktion überflüssig gewordenen oder zumindest ständig von dieser Überflüssigwerdung bedrohten Individuen tagtäglich abverlangt wird. Und so werden sich selbst von "zumutbaren Arbeitsangeboten" auch noch so



drangsalierte Arbeitslose als Sieger fühlen können, wenn das Team ihrer Nation Weltmeister oder Olympiasieger wird. In Zeiten sich auch hierzulande verschärfender sozialer und wirtschaftlicher Bedingungen dürften diese Formen der Integration und die Ablenkung von gesellschaftlicher Realität durch Sportereignisse für die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens zunehmend bedeutsamer werden. Dass der Breitensport im lokalen Verein mit seinen Funktionen zur Absicherung der Reproduktion und der Beförderung der Verinnerlichung ideologischer Grundpfeiler der bestehenden Ordnung, wie Leistungs- und Konkurrenzdenken, Teil des Problems ist, dürfte ebenso unbestreitbar sein.

Auch ohne eine detaillierte Vorhersage der zu erwartenden Entwicklungen in Leipzig lässt sich doch ohne weiteres erkennen, dass zumindest für die sozial schwachen Mitglieder der Gesellschaft eine Verschärfung ihrer Lebenssituation zu prognostizieren ist. Von der Zerstörung von Erholungsgebieten oder dem Zusammenkürzen der Mittel kultureller Einrichtungen kann ausgegangen werden.

Die durchaus richtige Entlarvung der hochgelobten olympischen Arbeitsplätze als schlecht bezahlte und vor allem nur temporäre taugt zu fundamentaler Kritik allerdings genauso wenig wie der Hinweis auf die finanziellen Belastungen des Breitensportes im Zuge von Olympia. Weder die Zumutungen der Arbeit, noch die breitensportliche Betätigung sind in Schutz zu nehmen und doch bedeutet ihr Wegfall eine reale Verschlechterung der Lebensbedingungen in dieser Gesellschaft. Um diesen Verzicht zu vermitteln, dürften die entsprechenden Legitimationsmodelle der deutschen IdeologInnen des "Gürtel enger Schnallens" und "Zusammenstehens für Deutschland und Olympia" bereits angedacht sein.

Gesellschaftliches Resultat der Unterordnung des individuellen Interesses unter den Willen der Gemeinschaft ist im Allgemeinen die irreversible Selektion und Ausgrenzung von "Schwächeren", "Unterlegenen" und "Unbrauchbaren". Die faschistische Dimension dieses Denkens findet ihren Keim bereits im sportlichen Geschehen, wenn der ideale Körper mit dem idealen Menschen gleichgesetzt wird.

Repressionismus

Der Sport der bürgerlichen Massen hat sowohl integrative als auch diskriminierende Funktionen. Ist aus den großformatigen Plakaten des DSB und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen auch noch so deutlich der Wille zur sportlichen Integration von MigrantInnen oder sozial Schwachen ablesbar, so ist ebendies doch in aller Regel zumindest für Erstere, als undeutsch angesehene, unmöglich. Solange die von der nationalen Gemeinschaft – ob im lokalen Sportverein oder an den Außengrenzen Deutschlands – ausgeschlossenen Menschen allerdings dem deutschen Medaillenspiegel dienen, spielt die halluzinierte Differenz kaum eine Rolle. Auch hier zeigt sich deutlich die unter rot/grün fortschreitende modernisierende Transformation der alten Blut-und-Boden-Rassismen hin zum Leistungsrassismus, ohne dass Erstere dabei völlig verschwinden würden.

Gehört rassistische und soziale Ausgrenzung auch zum kapitalistischen Normalbetrieb, so ist konkret in Leipzig schon im Rahmen der Olympiabewerbung, erst recht aber während der potentiellen Austragung der Spiele, von einer verstärkten Repression sozialer Randgruppen auszugehen und auch bereits heute zu konstatieren. Besonders die Präsentation einer sauberen Stadt hat die lokale SprayerInnenszene bereits ihre einzige legale Wand gekostet. Der sicher nicht stärker als üblich nach oben gefälschte Anteil von 92% der Leipziger Bevölkerung, die der Olympiabewerbung zustimmen, duldet keine "Schandflecken" und erst recht keinen Widerspruch. Es ist also vorhersehbar, dass Ausgrenzung, Diffamierung und Kriminalisierung nonkonformer, politischer und kultureller Szenen zur Tagesordnung während der Bewerbungsphase und der eventuellen Austragung der olympischen Spiele gehören werden. Demonstrations- und Veranstaltungsverbote, ähnlich denen anlässlich der EXPO in Hannover, werden unter Nutzung und Ausbau der bestehenden Videoüberwachungsstrukturen den öffentlichen Raum weiter einschränken und die repressive Durchsetzung der deutschen Vorstellung von Gesellschaft stützen.

Videoüberwachung öffentlicher Räume, obskure Auflagen bei Demonstrationen, zero-tolerance Politik bei Hausbesetzungen, finanzielle Angriffe auf kulturelle und politische Zentren und die Ankündigung des Verbots politischer Meinungsäußerung im Zuge der Spiele bieten bereits heute einen Vorgeschmack auf die zu erwartende Repressionswelle im Zuge der olympischen Leipziger Freiheit.

Fatalismus

Seine überregionale Bedeutung für die Linke erlangt die Kritik der olympischen Spiele nicht nur durch den universellen Charakter der zu Anfang vermittelten Kritik an Sport, Körperkult und Disziplin oder deren repressiver Vermittlung. Auch die innige Verknüpfung sportlicher Großereignisse mit nationalistischem Denken sowie faschistischer Traditionen des olympischen Spektakels sollten zum Widerspruch auffordern.

Es gilt, in Leipzig einem Ossinationalismus entgegenzutreten, der schon im Vorfeld der Bewerbung tausende Menschen, frenetisch Olympia herbeisehnend und dabei in wüste Verschwörungstheorien über die "westdeutsche Sabotage" verfallend, auf die Straße trieb.

Während von den direkten Folgen von Repression und Innenstadtpolitik vorerst nur Leipzig betroffen sein wird, so sind doch mit der Verhinderung subversiver Aktivität alle gemeint, deren erklärtes Ziel die Aufhebung der versteinerten Verhältnisse ist.

Gegen den kapitalistischen Leistungswahn – bei Arbeit, Sport und Spiel!
Gegen Nationalismus und Internationalismus!
Gegen Repression und Innenstadtpolitik!
Nie wieder Olympia – und schon gar nicht in Deutschland!
Für freie, ungezwungene sportliche und unsportliche Betätigung – z.B. auf der NOlympia-Demo am 15. Mai 2004 in Leipzig.



Anmerkung der Redaktion:

Da die Parole ‚gegen Internationalismus' auf einigen Unmut gestossen war, hat das AOK eine Stellungnahme zu ihrem Antiinternationalismus nachgeschoben, die unter www.nadir.org einzusehen ist.

Internationalismus sei immer noch an Nationen gekoppelt, weswegen das AOK den Begriff des Kosmopolitismus bevorzuge, ist dort zu lesen. Auch individuelle, spezifisch ostdeutsche frühkindliche Traumata scheinen eine Rolle bei der Diskreditierung des Begriffs Internationalismus gespielt zu haben: DDR-Partei- und Stasi-Kader hätten sie genötigt, monatlich, Spendenmarken für die Deutsch-Sowjetische Freundschaft für 50 Pfennig das Stück zu kaufen und in das Mitgliedsheft einzukleben. Und was kam dabei heraus ? Taschengeld futsch, DDR futsch, Sowjetunion futsch ? Also: Internationalismus scheisse, weil die alte DDR-Garde heute im PDS Gewand auch von Internationalismus redet ? Wir wissen ja nicht...

Zum Abdruck haben wir uns dennoch entschieden, weil wir die Mobilisierung für Leipzig wichtiger finden, als der Aktion wegen des kruden Antiinternationalismus der Vorbereitungsgruppe die Unterstützung zu verweigern. Wäre vielleicht dann mal eine Diskussion wert, wie nach dem proletarischen Internationalismus, der antiimperialsitischen Zärtlichkeit der Völker und der aktuellen Solidarität mit jeweils USA oder irakischem "Widerstand", linker Internationalismus heute zu bestimmen wäre.

PETAs Kampagne "Der Holocaust auf Ihrem Teller"

Eine Kritik aus der Tierbefreiungsbewegung -



Anfang März startet auch in Deutschland und Österreich die in den USA bereits angelaufene und stark umstrittene Kampagne "Der Holocaust auf Ihrem Teller" der Tierschutzorganisation PETA (People for the ethical treatment of animals). Auf Werbeplakaten und im Rahmen einer Wanderausstellung werden Fotografien von nationalsozialistischen Konzentrationslagern Abbildungen der Gefangenschaft und industriellen Tötung von Tieren gegenübergestellt, um die Unterdrückung tierlicher Individuen durch die menschliche Gesellschaft anzuprangern. Trotz vielfacher Proteste soll die Kampagne in unveränderter Weise auf Europa ausgeweitet werden. Auch in Deutschland brandete bereits eine erste Woge der Kritik durch die Medienlandschaft, die vor allem an der "menschenverachtenden Gleichsetzung von Mensch und Tier" Anstoß nahm. Im folgenden entwickeln wir eine grundlegende Kritik der laufenden Kampagne und ähnlichen Diskussionen, die nicht auf tierverachtende und speziesistische Argumentationsmuster zurückgreift und aus einem generell herrschaftskritischen Ansatz dem enthistorisierenden Vergleich mit der Shoah widerspricht.

PETA: SKANDAL UND PROPAGANDA

PETA ist eine seit 1980 bestehende, auf Medienwirksamkeit ausgerichtete Organisation, die mit gezielt provozierenden Kampagnen auf sich aufmerksam macht. Die Marketingstrategie von PETA zielt auf eine skandalisierende Darstellung der von ihnen angesprochenen Themen, unter der Verwendung von Slogans wie "Lieber nackt als im Pelz", "Fleisch füttern ist Kindesmissbrauch" und dem aktuellen "Der Holocaust auf deinem Teller". Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Kritik findet nicht statt. Stattdessen wird – im aktuellen Fall – gezielt versucht, deren Legitimität in Frage zu stellen, indem auf der PETA-Website positive Zuschriften jüdischer BürgerInnen präsentiert werden, die als Beleg für die moralische Unangreifbarkeit der Kampagne dienen sollen. PETA begründet ihre massive Medienarbeit damit, dass "tierliche Interessen nur durch Menschen repräsentiert werden können". Laut PETA gibt es keine andere Möglichkeit, als das "Barbarentum, das an Tieren verübt wird, mit dem gleichen und vertrauterem Extrem menschlichen Leidens" zu vergleichen, damit es "letztendlich für alle fassbar wird und zu Handlungen inspiriert" (frei übersetzt nach www.masskilling.com/analogy.html). Die instrumentalisierende Besetzung eines kontroversen Themas war auch in der Vergangenheit Strategie von PETA. So wurde beispielsweise die Krebserkrankung von New Yorks Bürgermeister Giuliani dafür verwandt, auf die Gefahren des Milchkonsums hinzuweisen. Einige Berühmtheit erlangte in den neunziger Jahren die Kampagne "Lieber nackt als im Pelz", für die leicht bekleidete Supermodels in großflächigen Anzeigen um die Sympathien der Bevölkerung warben. Dass dabei die Reflexion über das eigentliche Thema in den Hintergrund tritt, zeigt sich auch an der Durchführung der aktuellen Kampagne, die auf Provokation, Skandalisierung sowie auf die Instrumentalisierung des Holocaust setzt.

DIE SINGULARITÄT DES HOLOCAUST

Der von PETA angestellte Vergleich der Shoah mit der systematischen Ermordung von Tieren in Schlachthöfen trennt die Verbrechen der Deutschen während des Nationalsozialismus von ihrem historischen Zusammenhang. Dieser Zusammenhang soll hier kurz erläutert werden, um unsere Kritik an dieser Form der Enthistorisierung zu verdeutlichen.

In Deutschland entwickelte sich im späteren neunzehnten Jahrhundert eine neue Form des Antisemitismus, die in der historischen Tradition eines jahrhundertelang innerhalb der gesamten christlich-westlichen Zivilisation vorherrschenden Antijudaismus steht. Dieser neue, eliminatorische Antisemitismus projiziert alle negativen Erscheinungen des erstarkenden Kapitalismus auf Jüdinnen und Juden, weist ihnen eine Schuld für sämtliche Auswirkungen der neu entstandenen industriellen Ordnung zu, die die bislang etablierte vormoderne Gesellschaftsordnung ablöste, und sucht ihrer durch Vernichtung Herr zu werden.

Im antisemitischen Weltbild wird "den Juden" eine große Macht zugesprochen. Sie werden als die im Hintergrund wirkenden entwurzelten Kräfte gesehen, die die Fäden der Weltgeschichte in der Hand halten. Sie stehen in dieser Ideologie sowohl hinter den kapitalistischen wie auch den sozialistischen Mächten, verkörpern also in beiden Varianten die unbegriffene abstrakte Seite der Moderne, die an ihrer Person konkret vernichtet werden soll. Deswegen ist die Ausrottung der Jüdinnen und Juden für den Antisemiten auch nicht Mittel zum Zweck, sondern Zweck an sich. Moishe Postone bemerkte in seinem Aufsatz "Nationalsozialismus und Antisemitismus" dazu folgendes:

Sie wurden nicht aus militärischen Gründen ausgerottet oder um gewaltsam Land zu nehmen (wie bei den amerikanischen Indianern); es ging auch nicht um die Auslöschung der potentiellen Widerstandskämpfer unter den Juden, mit dem Ziel, den Rest als Heloten besser ausbeuten zu können. (Dies war übrigens die Politik der Nazis Polen und Russen gegenüber.) Es gab auch kein "äußeres" Ziel. Die Ausrottung der Juden musste nicht nur total sein, sondern war sich selbst Zweck - Ausrottung um der Ausrottung willen -, ein Zweck, der absolute Priorität beanspruchte.

(Moishe Postone: Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch, in: Dan Diner (Hrsg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt a.M. 1988, S. 243)

Nur vor dem Hintergrund dieses antisemitischen Wahns ist zu erklären, warum die Nazis in den letzten Kriegsjahren einen Großteil des Schienenverkehrs für den Transport der Jüdinnen und Juden zu den Gaskammern benutzten und nicht für die logistische Unterstützung des Heeres, obwohl ihre Stellungen bereits von der Roten Armee überrollt wurden.

Die antisemitische Ideologie ist historisch unter anderem als "antikapitalistische Revolte" zu verstehen. Obwohl ihre Genese durch zahlreiche weitere Faktoren – religiöse und sozialpsychologische Motivationen, Aufkommen der Rassentheorien etc. – bedingt ist, werden wir uns in unserem Text auf die Analyse der verkürzten Kapitalismuskritik und der nazistischen Dämonisierung der abstrakten Sphäre des Kapitals beschränken, da diese für unsere Argumentation die zentralen Punkte sind. Im bereits oben erwähnten Aufsatz stellt Moishe Postone deren Bedeutung für die Erklärung der Shoah heraus:

Eine kapitalistische Fabrik ist ein Ort, an dem Wert produziert wird, der "unglücklicherweise" die Form der Produktion von Gütern annehmen muss. Das Konkrete wird als der notwendige Träger des Abstrakten produziert.



Die Ausrottungslager waren demgegenüber keine entsetzliche Version einer solchen Fabrik; sie müssen vielmehr als ihre groteske arische "antikapitalistische" Negation angesehen werden. Auschwitz war eine Fabrik zur "Vernichtung des Werts", d.h. zur Vernichtung der Personifizierungen des Abstrakten. Sie hatte die Organisation eines quasi industriellen Prozesses mit dem Ziel, das Konkrete vom Abstrakten zu "befreien". Der erste Schritt dazu war die Entmenschlichung, das heißt, dem jüdischen Bevölkerungsanteil die "Maske" der Menschlichkeit "wegzureißen" und Juden als das zu "zeigen", was sie nach nazistisch-rassistischer Auffassung "wirklich sind": Schatten, Ziffern, Abstraktionen. Der zweite Schritt war das Ausrotten dieser Abstraktheit, ihre "Verwandlung" zu Rauch ...
(Moishe Postone, S. 253f.)

Hier wird ein wesentlicher Unterschied zwischen der Vernichtung der Jüdinnen und Juden durch den Holocaust und der Ermordung von Tieren in den Schlachthöfen deutlich. Die Schlachthöfe funktionieren nach einem ökonomischen Prinzip. Die Hühner, Kühe, Schweine, etc. sollen nicht vernichtet werden, aus ihnen/durch sie soll Wert produziert werden. Ihre Tötung ist nicht Zweck an sich, sondern der Zweck ist die Produktion von Fleisch, die Produktion von "Nahrung" für die Menschen.

Doch nicht nur aufgrund des analytischen Unterschiedes und des faktisch falschen Vergleichs zwischen Shoah und Schlachthaus ist die PETA-Kampagne nicht tragbar. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Antisemitismus aus den Köpfen der Menschen noch keinesfalls verschwunden ist, sondern sich in einem sekundären Antisemitismus manifestiert. Dieser zeigt sich in Deutschland vor allem in Form einer Verdrängung der Schuld, einer Relativierung der Geschehnisse während des Nationalsozialismus und in der modernen Tarnung des Antizionismus. Eine Instrumentalisierung des Holocaust aus werbestrategischen Gründen, wie sie PETA praktiziert, trifft auf genau diesen Boden und kommt dem deutschen Bedürfnis nach einer Entsorgung der Vergangenheit entgegen.

ANTHROPOZENTRISCHE KRITIK AM HOLOCAUST-VERGLEICH

Ein Großteil der derzeitigen Kritik an der PETA-Kampagne enthält wenig Auseinandersetzung mit der Singularität der Shoah. Anstatt diese herauszustellen und auf die Historizität des Vernichtungs-Antisemitismus zu verweisen, dessen ideologisches Fundament sich – wie oben dargestellt – grundlegend von dem der Degradierung, Verachtung und Ausbeutung von Tieren unterscheidet, wird nicht selten versucht, das Bild des Menschen in der Unterscheidung zu Tieren zu bewahren. Nicht die Einzigartigkeit des Holocaust wird in den Mittelpunkt gestellt, sondern die Einzigartigkeit des Menschen. Die Reaktion der Medien ist bislang einhellig: "Kadaver toter Schweine" dürfen nicht gleichzeitig mit einem "Leichenberg" auf Plakaten erscheinen, ist in der Jungle World (Nr.50, 3.1203) zu lesen. Die TAZ beschwert sich darüber, dass es für die Mitglieder von PETA "keine Unterschiede zwischen Mensch und Tier" gibt. Spiegel-Online (vom 14.11.03) hält die PETA-Kampagne für schlicht "menschenverachtend".

Eine derart verkürzte Kritik geht am eigentlichen Thema des Vergleiches von eliminatorischem Antisemitismus in NS-Deutschland und der institutionellen Gewalt sowie dem industriellen Mord an Tieren vorbei. Darüber hinaus wird die Unterdrückung von Tieren innerhalb der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse nicht thematisiert. Was zu stören scheint, ist das In-Bezug-Setzen von Gewalt gegen Tiere und Gewalt gegen Menschen. PETAs plakative Gleichsetzung der äußerlichen Phänomene von Shoah und Schlachthofgesellschaft erzeugt im anthropozentrischen Geist eine Kränkung des menschlichen Selbstbildes. Der aktuelle Diskurs bedient also hauptsächlich die öffentliche Empörung, die durch den Schock der Thematisierung des Massenmordes an Tieren ausgelöst wird.

EINE TIERBEFREIUNGSPERSPEKTIVE OHNE VERGLEICHE

Eine Kritik an den tierfeindlichen Verhältnissen dieser Gesellschaft sollte sich darauf konzentrieren, das Wesen von Tierausbeutung zu analysieren, anstatt ihre Phänomene zu vergleichen. Ziel der Tierbefreiungsbewegung muss stets auch eine umfassende Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse sein, mit dem speziellen Augenmerk auf die Verwobenheit des Speziesismus mit anderen Macht- und Herrschaftsformen. Als speziesistisches Grundprinzip sehen wir die dualistischen Konstruktionen von "der Mensch" und "das Tier" und die Zuschreibungen, die diesen scheinbar gänzlich unvereinbaren Kategorien anhaften.

So werden Gemeinsamkeiten negiert und Unterschiede überbetont. Diese Logik greift auf ein grundlegendes binäres Denkmuster zurück, das ein wesentliches Merkmal abendländischen Denkens ist. Dass diese Logik den gesamten Kulturkreis durchzieht, und deshalb in der Analyse mit anderen Herrschaftsformen zu verbinden ist, lässt sich an weiteren Dualismen erkennen, die in ihrer sozialen Konstruktion dem Mensch/Tier-Dualismus ähnlich sind und zum Teil auf ihn verweisen: Mann/Frau, Kultur/Natur, Vernunft/Instinkt, Geist/Körper, etc.

Die Befreiung der Tiere aus dem gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnis bedeutet für uns eine grundsätzliche Kritik an ihrer Verdinglichung und die Beendigung ihrer Nutzung.

Die alltägliche Ausbeutung, Unterdrückung und Ermordung von Tieren durch die menschliche Gesellschaft spricht für sich selbst und bedarf keiner Skandalisierung. Ihre Abschaffung muss Grundbedingung einer wahrhaft emanzipierten Gesellschaft sein. Als Tierbefreiungsbewegung, die sich diesem Gedanken verpflichtet fühlt, lehnen wir PETAs Ansatz und den Vergleich mit dem Holocaust grundsätzlich ab.

Dieser Text wurde herausgegeben von der AG PETA-Kritik des I. Tierbefreiungstreffens in Hamburg. Das Treffen ist der Versuch eines organisierten Zusammenschlusses und einer Vernetzung von Tierbefreiungsgruppen und Initiativen mit herrschaftskritischem Ansatz. Eine fundierte theoretische Auseinandersetzung mit den Themen Tierbefreiung und Herrschaftskritik sehen die beteiligten Gruppen als Grundlage für eine konsequente Tierbefreiungsarbeit. Folgende Gruppen sind Teil des Vernetzungstreffens und unterstützen das Anliegen einer Kritik an der von PETA organisierten Kampagne "Holocaust auf Ihrem Teller":

TierrechtsAktion Nord (TAN) (www.tierrechts-aktion-nord.de), Basisgruppe für Tierrechte Wien, Tierrechtsgruppe Verdura Ludwigsburg, AntiSpeziesistische TierrechtsInitiative (ASTI), Foodfighters Oberhausen, Georg Hemprich (Kampagne zur Abschaffung der Jagd), Berliner Tierrechts-Aktion (BerTA), Tierbefreiungszeitschrift Palanqueta, Biologisch-Veganes Netzwerk (BVN), Tierrechtsmagazin VOICE, AuTuMN Bremen



?

Regelmäßige Flora Termine:

Montag ab 19 Uhr Kochsession veganes essen Ab 17 Uhr offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen 18.30 – 21 Uhr Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen **Dienstag** 18-23 Uhr Dubcafe **Mittwoch** 19 Uhr "Wie es euch gefällt-cafe **Donnerstag** 19.30 Uhr Anti Castor CafeDonners. 1.+3 ab 19 Uhr Kochkollektiv veganes essen 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen**1. Samstag** im ab 12 Uhr Frühstück **Sonntag** ab 17 Uhr Cafe Niemandsland richtige Politik, echter Kaffee und fricher Kuchen Studio F (fsk 93.0) sendet ganztätig aus der Roten Flora